2,-

Atomkraft

DOKUMENTATION der innergewerkschaftlichen Diskussion

Ja oder Nein?

Herausgeber: AKTIONSKREIS LEBEN - Gewerkschafter gegen Atom

IMPRESSUM:

Aktionskreis Leben - Gewerkschafter gegen Atom, c/o G. Rentzing, [redacted]

Spenden, sämtliche Bezahlungen:
Gabriele Behrendt, Bank für Gemeinwirtschaft, 6000 Frankfurt/M.
Stichwort: "Aktionskreis Leben", Kto.-Nr. 26 12 592 600

Auflage: 4.000
Preis: DM 2.-
den Delegierten des DGB-Kongresses wird diese Dokumentation kostenlos zur Verfügung gestellt - wir bitten daher aber um Spenden auf das angegebene Konto
16.Mai 1978

Erklärung der Frankfurter Arbeitstagung des Aktionskreis Leben vom 11./12. März 1978

Der Aktionskreis Leben lebt durch die Initiative und das Engagement der Kollegen in ihren Betrieben und Gewerkschaften. Der Aktionskreis Leben besteht aus örtlichen Aktionskreisen, die auf der Grundlage des „Aufruf für einen Aktionskreis Leben" arbeiten wollen.

Der Aktionskreis Leben tritt deshalb auch nicht als anonyme Organisation auf, sondern für seine Aktivitäten stehen die Kollegen persönlich mit ihrem Namen ein. Er versteht sich als Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung.

Das Informationsblatt des Aktionskreis Leben berichtet über die Aktivitäten der örtlichen Aktionskreise, fördert ihren gegenseitigen Erfahrungsaustausch und dokumentiert die innergewerkschaftliche Diskussion.

Diese Dokumentation wurde von der örtlichen Initiative des AKTIONSKREIS LEBEN - Gewerkschafter gegen Atom - in Frankfurt zusammengestellt. Sie geht auf einen Vorschlag der bundesweiten Arbeitstagung der Initiativen für einen Aktionskreis Leben vom 11./12. März 1978 in Frankfurt zurück. Dort wurde angeregt, eine Dokumentation zu erstellen, die den innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß zur Frage der Atomwerke darstellt.

Sie soll den Delegierten des DGB-Kongresses vom 21.-25-Mai 1978 und der gewerkschaftlichen und kritischen Öffentlichkeit insgesamt dokumentieren,

- daß die innergewerkschaftliche Diskussion noch nicht beendet ist - ja in den meisten Gliederungen noch nicht einmal begonnen hat;
- daß eine Reihe von Argumenten, die in verschiedenen Gewerkschaften gegen den Bau von Atomkraftwerken vorgebracht werden, nicht entkräftet oder widerlegt sind;
- daß Befürworter der Atomenergie sich nicht nur die Argumente der Unternehmer zu eigen machen, sondern deren Verbreitung auch noch mit ihnen zusammen organisieren und von ihnen bezahlen lassen.

Ziel ist es, folgenden Initiativantrag mehrheitsfähig zu machen:

INITIATIVANTRAG zum 11. ordentlichen DGB-Bundeskongreß im Mai 1978 in Hamburg

Betreff: Diskussion über die Atomenergie und ihre Folgen

Antragsteller: Die Unterzeichner (siehe unten)

Antrag: Der 11. ordentliche DGB-Kongreß möge beschließen:
Die am 8.11.1977 vom DGB-Bundesvorstand gefaßte Entschließung, die sich für einen beschleunigten Ausbau der Atomenergieproduktion ausspricht, wird zurückgenommen. Der DGB-Bundesvorstand eröffnet im DGB und seinen Einzelgewerkschaften sofort eine breite und demokratische Diskussion unter allen Mitgliedern über das Problem Atomenergie und seine Auswirkungen.

Begründung: Die Entschließung vom 8.11.1977 des DGB-Bundesvorstands ist ohne Diskussion in der Mitgliedschaft der meisten DGB-Einzelgewerkschaften gefaßt worden.
Dies bedeutet schon eine Verletzung von demokratischen Grundsätzen und damit in der Konsequenz eine Brüskierung der Kolleginnen und Kollegen in Betrieben, Dienststellen und Ämtern.
Darüber hinaus hat sich durch zahlreiche Stellungnahmen von Betriebsgruppen, Vertrauensleutekörpern sowie anderer Gewerkschaftsgremien der Einzelgewerkschaften gegen die seitens der Regierung betriebene Atomenergiepolitik und Atomenergieproduktion gezeigt, daß große Teile der Mitgliederschaft die Atomenergie aufgrund ihrer Auswirkungen ablehnen. Nicht zuletzt standen auch einige Einzelgewerkschaften der Entschließung des DGB-Bundesvorstandes ablehnend gegenüber und haben damit bekundet, daß sie zumindest eine skeptische Haltung zur Atomenergie einnehmen.
Auch die Dortmunder Pro-Atomenergie-Kundgebung kann aufgrund ihrer fragwürdigen Mobilisierung (bezahlte Arbeitsbefreiung, Tagegelder etc.) nicht als Legitimation für eine solche Entschließung und eine angebliche breite Zustimmung zur Atomenergie gelten. Dabei wurde insbesondere die Angst vor Arbeitsplatzverlust ausgenutzt. Daher ist es die Pflicht des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, endlich einen wirklichen demokratischen Willensbildungsprozeß über eine so existenziell bedeutungsvolle Frage herbeizuführen.

Unterzeichner des Initiativantrags:

1. Gewerkschaftliche Stellungnahmen zur Kernenergie

Bei dem Hearing, das der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages über Fragen des künftigen Energiebedarfs und seiner Deckung im Oktober 1977 veranstaltete, erklärten Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß sie die Nutzung der Kernenergie zur Deckung des Grundlastbedarfs für »unvermeidbar hielten«; »negative Konsequenzen«, insbesondere für die Beschäftigungslage, würden sich ergeben, wenn weitere Verzögerungen beim Bau von Kraftwerken hingenommen werden müßten.

In diesem Hearing und in parallelen Erklärungen von Gewerkschaftsführern deutete sich die Abkehr von der im April 1977 verabschiedeten Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes an. Am 8. 11. beschloß der DGB-Bundesvorstand dann auch formell die Kehrtwendung:

> Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist nunmehr der Ansicht, daß die politisch Verantwortlichen schnellstmöglich die Baugenehmigung für das geplante Entsorgungszentrum erteilen sollten. Es muß weiterhin sichergestellt werden, daß das Wiederaufarbeitungs- und Entsorgungszentrum so schnell wie möglich fertiggestellt und in Betrieb genommen wird.

In bezug auf die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch »weitere Verzögerungen beim Bau von Kohlekraftwerken und einen anhaltenden Bau- und Genehmigungsstopp bei Kernkraftwerken« nennt der DGB als negative Effekte für die Beschäftigten:

a) Es würden unmittelbar Arbeitsplätze bei den am Bau beteiligten Unternehmen verlorengehen.
   In der Reaktorindustrie und bei deren Zulieferfirmen wären Entlassungen nicht zu umgehen.
b) Das erreichte technische und wissenschaftliche Niveau und die hochentwickelten Technologien in der Bundesrepublik im gesamten Energiebereich gilt es zu erhalten und weiterzuentwikkeln. Jeder Rückschritt hätte unvertretbare Auswirkungen auf die Beschäftigten im Energiebereich und auf die Beschäftigungslage insgesamt.
   Ein Teil unserer Lebensqualität in der Zukunft wird davon abhängen, ob wir auch weiterhin international in Forschung, Entwicklung und Anwendung dieses erreichte Niveau sichern und ausbauen.

Es ist festzuhalten, daß diese Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes, wie bereits die Stellungnahme »Kernenergie und Umweltschutz« vom April 1977, in Koordination und nach enger Absprache mit den Vorständen der beim Bau und Betrieb von Kernkraftwerken am stärksten beteiligten Einzelgewerkschaften *IG Metall, IG Bergbau und Energie, IG Bau, Steine, Erden, IG Chemie-Papier-Keramik* und *ÖTV* erfolgte. Diese Gewerkschaften haben deswegen in der Regel parallel zu dieser Stellungnahme keine Organbeschlüsse herbeigeführt. Die Vorsitzenden haben auf der Dortmunder Kundgebung am 10. 11. 1977 vielmehr ihr ungeteiltes »Pro« hinreichend deutlich demonstriert.

Auf dem Gewerkschaftstag der *IG Metall* im September 1977 hatte es zwar noch eine ausführliche und kontroverse Diskussion über Fragen der Kernenergie gegeben, zumal die Anträge sehr unterschiedliche Positionen und Schlußfolgerungen beinhalteten. Indem der Gewerkschaftstag jedoch mit großer Mehrheit der Vorstandsentschließung folgte, grenzte er sich von den Gegnern der Kernenergie unmißverständlich ab.

Auf dem Gewerkschaftstag der *IG Bergbau und Energie* wurde aus aktuellem Anlaß die Tagesordnung geändert, um über die gegenwärtige energiepolitische Lage zu reden, doch wurde keine Entschließung verabschiedet. Der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, sagte in seinem Referat u. a.:

> Wir sind nicht vorbehaltlos für Kernenergie. Es muß so wenig wie möglich sein. Aber zu der Kernenergie, die das Land braucht, die wir brauchen, müssen wir uns bekennen. (. . .)
>
> Durch Gerichtsentscheide, durch verzögerte Genehmigungen und Bürgerinitiativen sind im Augenblick, in dem wir miteinander reden, 10 Kraftwerke in Deutschland baubehindert, 10 Kraftwerke mit einer beschlossenen Investitionssumme von insgesamt 16 Mrd. DM. (. . .) 16 Mrd. DM, meine Kolleginnen und Kollegen, bedeuten, wenn ich die Zusammenhänge richtig einschätze, eine Steigerung des Bruttosozialprodukts um etwa 1,5 Prozent. Wenn die Maßnahmen verwirklicht würden, hätten wir nach meiner Schätzung unmittelbar fast 200 000 Arbeitsplätze mehr, also Arbeitslose weniger.

Die *ÖTV* hatte als erste DGB-Gewerkschaft bereits 1972 auf ihrem 7. Ordentlichen Gewerkschaftstag Leitsätze zur leitungsgebundenen Energieversorgung verabschiedet, in denen die Kernenergie »im Interesse des Umweltschutzes« begrüßt wurden;

> In der Bundesrepublik muß der Weg zur Kernenergie zügig beschritten werden, wenn die vorhandenen Unsicherheiten auf dem Primärenergiemarkt insbesondere bei Öl und Gas kleingehalten werden sollen.

Ergänzend verabschiedete der Gewerkschaftstag 1976 eine Entschließung zur Energiepolitik, in der es u. a. heißt:

> Bis zur im Energieprogramm der Bundesregierung verwirklichten

> Kernkraftwerkleistung wird der wichtigste Energieträger das Erdöl bleiben. (. . .) Um das Energieprogramm der Bunderegierung sobald als möglich zu verwirklichen, ist der von der ÖTV seit langem geforderte Dialog über die Kernenergie mit der Bevölkerung zu führen. Die mangelhafte Information über den tatsächlichen Stand der Technik muß verbessert werden. Vor- und Nachteile sind offenzulegen. Wenn die Sicherheit der Arbeitnehmer und der Bevölkerung beim Reaktorbau und -betrieb gewährleistet ist, kann der Kernenergie Priorität eingeräumt werden.

Der Gewerkschaftsausschuß der *Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen* – höchstes Beschlußgremium zwischen den Gewerkschaftstagen – hat den Beschluß des DGB zur Kernenergie voll gebilligt und alle Funktionsträger der Organisation aufgefordert, sich für die am 8. 11. 1977 vom DGB verabschiedeten Beschlüsse einzusetzen.

Teilweise wurde von Gewerkschaftsgremien bislang noch keine eigene Stellungnahme entwickelt – wie bei der *Gewerkschaft Leder*, der *Gewerkschaft Kunst* und der *Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft* –, oder der Vorstand schloß sich der DGB-Stellungnahme an – z. B. *Gewerkschaft Textil-Bekleidung*, und *Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.*

Von der offiziellen Linie abweichende Beschlüsse:

Die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* hat auf ihrem Gewerkschaftstag vom 30. 10. – 3. 11. 1977 zur Frage der Kernenergie folgenden Antrag verabschiedet:

> Die Bundesvertreterversammlung fordert den Bundesvorstand des DGB auf, seine Stellungnahme zu den Fragen der Kernenergie vom 5. 4. 1977 der Mitgliederschaft zur Diskussion zu unterbreiten und auf Grund dieser Diskussion zu überarbeiten.

Den Delegierten der GEW ging es darum, daß die Mitgliederbasis im DGB eine offene und engagierte Diskussion über das Thema und die Stellungnahme vom April führen sollte. Diese Forderung erfüllte der Beschluß des DGB-Vorstandes vom 8. 11. 77 ganz sicher nicht.

Die *IG Druck und Papier* nahm auf ihrem Gewerkschaftstag eine Entschließung zur Energiepolitik an, in der Orientierungspunkte für eine »zukunftsorientierte Energiepolitik« benannt werden. Priorität wird einem »rationelleren Energieverbrauch« eingeräumt, die heimische Kohle soll stärker herangezogen werden und die Nutzung regenerierbarer Energiequellen vorangetrieben werden. In der Entschließung nahm die IG Druck und Papier zur Kernenergie wie folgt Stellung:

> Sollte sich herausstellen, daß auf Kernenergie nicht verzichtet werden kann, so knüpfen wir an den Bau von kerntechnischen Anlagen folgende Bedingungen. (. . .)
>
> Die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung unter Beteiligung

der Gewerkschaften bei Planung, beim Bau und beim Betrieb jeglicher kerntechnischer Anlagen muß gewährleistet sein.

Die *Deutsche Postgewerkschaft* verabschiedete auf ihrem Gewerkschaftstag eine Antrag zur Annahme auf dem kommenden DGB-Kongreß im Mai 1978, in dem es heißt:

> Der Hauptvorstand der DPG hat sich in Verbindung mit dem DGB bei Bundesregierung und Bundesrat dafür einzusetzen, Bau und Betreiben von Atomkraftwerken so lange zu untersagen, bis das technische Problem der Entsorgung sowie der atomaren Verseuchung der Umwelt so gelöst ist, daß keine Gefahren für das Leben der jetzigen und späteren Generationen bestehen. (. . .)
>
> Der Hauptvorstand der DPG hat sich in Verbindung mit dem DGB bei Bundesregierung und Bundesrat dafür einzusetzen, Bau und problem sachlich dargestellt wird, um eine möglichst emotionslose Diskussion darüber führen zu können.
>
> Dazu gehören u. a.:
> – Energieeinsparungsmöglichkeiten,
> – die Frage der zweiten Reaktorengeneration (Schnelle Brüter),
> – die Gefahr des Atomstaates.

Der Hauptvorstand der *Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands* hatte bereits vor der DGB-Stellungnahme vom April, und zwar am 28. 3. 77 die kritische Diskussion der Atomenergie an der Gewerkschaftsbasis gefordert und eine Reihe von Argumenten geliefert, die bei der Diskussion der DGB-Vorlage als ernstzunehmende Kritikpunkte der Atomgegner zu berücksichtigen seien.

Die DGB-Stellungnahmen vom April und November wurden dann jedoch ohne eigenen Beschluß zur Sache in der Organisation verteilt.

Die *Gewerkschaft Holz und Kunststoff* hat auf ihrem Gewerkschaftstag keine Entschließung zur Energiefrage verabschiedet, obwohl die kritische Haltung zur Nutzung der Kernenergie dieser Organisation bereits seit dem 1. Umweltforum vom Dezember 1974 bekannt ist.

Auffallend an den abweichenden Stellungnahmen ist, daß in ihnen eine wesentlich gründlichere Diskussion über die Risiken der Kernenergie gefordert wird, als sie bisher in Gang gekommen ist.

Lutz Mez

aus: Die eigentliche Kernspaltung, J. Hallerbach (Hrsg.), 1978 Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied

"Kernenergie und Umweltschutz" - Erklärung des DGB vom 5.April 1977 (Auszüge)

I. Energiepolitik, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.
(...)
In dieser Auseinandersetzung sind der DGB und seine Gewerkschaften auf dreifache Weise engagiert:

- Der DGB tritt für eine aktive Umweltpolitik ein : Gesunde und lebenswerte Umweltbedingungen sind notwendige Voraussetzungen für die Humanisierung unserer Arbeitswelt und für mehr Lebensqualität.

- Der DGB vertritt die Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft. Dies schließt die Forderung nach Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung ein, die ihrerseits eine Vorausetzung für die Verwirklichung des Vollbeschäftigungszieles und für gesellschaftliches Wachstum ist.

- Der DGB vertritt die Interessen aller Arbeitnehmer, die mit Planung, Entwicklung, Bau, Betrieb und Entsorgung von Kernkraftwerken beschäftigt sind. Das schließt die Sorge um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze ein.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat stets die absolute Vorrangigkeit der kurzfristigen Erreichung des Vollbeschäftigungszieles betont. Dabei ist stets neben der quantitativen auch die qualitative Seite des Vollbeschäfitigungszieles hergestellt worden. Darüber hinaus haben gerade der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in der langfristigen Betrachtung nicht nur die ökonomischen, sondern auch die gesellschaftlichen Probleme und Konsequenzen des Wachstums unterstrichen. (...)

II. Energiebedarf, Einsparungsmöglichkeiten, Deckungsalternativen.
(...)
Die Deckung dieses Energiebedarfs muß durch langfristige Planung und rechtzeitigen Bau entsprechender Kapazitäten gemäß dem jeweiligen Entwicklungsstand großtechnisch nutzbarer Energiegewinnungsformen gedeckt werden. Langfristiges Ziel der Energiepolitik muß dabei der weitestmögliche Einsatz risikoloser, umweltfreundlicher, rohstoffsparender und kostengünstiger Energieträger - zum Beispiel Sonnen- oder geothermische Energie sein. (...)

III. Kernenergie ja oder nein?
Realistischerweise muß man davon ausgehen, daß trotz Energieeinsparung, verstärkter Kohleverwendung und Entwicklung neuer Energieträger ein genereller Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie gegenwärtig nicht möglich ist. Unter der Voraussetzung, daß die noch offenen Fragen geklärt werden, ist der Einsatz der Kernenergie unumgänglich und kann sogar Vorteile bringen, zum Beispiel eine Erhöhung der Versorgungssicherheit, eine Streckung der Energiereserven und die Verminderung gewisser Schadstoffbelastungen der Luft die bei der Verbrennung fossiler Stoffe entstehen. Der Einsatz der Kernenergie bringt aber auch erhebliche technische, politische und soziale Risiken.
In dieser schwierigen Situation erklärt sich der DGB für folgende Konzeption:

1. Die der Kapazitätsplanung zugrunde liegende mittelfristige Vorhersage des Bedarfs an elektrischer Energie muß den Erfordernissen vollbeschäftigungsorientierter Wachstumspolitik entsprechen.

2. Soweit der auf dieser Basis prognostizierte Bedarf an elektrischer Energie durch Einsparungen, die das Vollbeschäftigungsziel nicht gefährden, verringert werden kann, sind alle notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Einsparungen zu unternehmen.

3. Der Einsatz einheimischer Steinkohle zur Deckung des Strombedarfs ist im Rahmen des möglichen auszuweiten. Dazu ist es notwendig, daß

- alte Steinkohlenkraftwerke , die in den nächsten Jahren stillgelegt werden, durch neue Stromerzeugungskapazitäten auf Steinkohlenbasis ersetzt werden. und

- darüber hinaus zusätzliche Kohlekraftwerke gebaut werden und zwar sofort. (...)

4. Somit kann auf den weiteren Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten auf Kernenergiebasis grundsätzlich nicht verzichtet werden. Ihr Einsatz ist aber auf das zur Sicherung unserer Energieversorgung notwendige Maß zu beschränken. Der DGB unterstreicht, daß alle Bedenken ausgeräumt sein müssen, bevor im Bereich der Kernenergie eine endgültige energiepolitische Entscheidung getroffen und damit ein Weg beschritten wird, der nicht umkehrbar ist. (...)

Information der Bevölkerung.

Die Arbeiten an der zur Zeit im Bau befindlichen Kernkraftwerken müssen zügig fortgesetzt werden. Betriebsgenehmigungen für diese Kernkraftwerke sind jedoch nur dann zu erteilen, wenn das Entsorgungskonzept befriedigend gelöst bzw. sichergestellt ist, daß eine solche Lösung kurzfristig verwirklicht wird. (...)

Die Bundesregierung hat nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die Energiewirtschaft das Entsorgungsproblem baldmöglichst zufriedenstellend löst.

Die Bundesregierung hat so schnell wie möglich Energieversorgungsalternativen politisch und technisch vorzubereiten, für den Fall, daß sich die Entsorgungs- und Sicherheitsprobleme im Bereich der Kernenergie kurzfristig nicht in dem erwarteten Maße als lösbar erweisen. (...)

Der DGB zum Bau von Kernkraftwerken
Beschluß des DGB-Bundesvorstandes vom 8. 11. 1977

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 5. April 1977 in seiner umfassenden Stellungnahme „Kernenergie und Umweltschutz" festgestellt, daß die Deutschen Gewerkschaften bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie davon ausgehen, daß die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbau und Reaktorbetrieb sowie bei der Entsorgung gewährleistet werden können.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat überdies auf den Zusammenhang zwischen Wachstum, Vollbeschäftigung und Energiebedarf hingewiesen und betont, daß er der Erreichung des Vollbeschäftigungszieles absoluten Vorrang zumißt.

Die in dieser Stellungnahme aufgestellten Bedingungen für die friedliche Nutzung der Kernenergie sowohl im Reaktorbetrieb wie auch im Brennstoffkreislauf haben dazu geführt, daß die Sicherheitsbestrebungen intensiviert wurden. Sowohl die Diskussionen im politisch-parlamentarischen Raum als auch die inzwischen erstellten Gutachten belegen, daß die Interessen der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Bevölkerung stärker als bisher in den Mittelpunkt gerückt wurden.
Das Ergebnis des Sicherheitsgutachtens der Strahlenschutzkommission und der Reaktorsicherheitskommission hat ergeben, daß das Entsorgungszentrum grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar ist.
Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist nunmehr der Ansicht, daß die politisch Verantwortlichen schnellstmöglich die Baugenehmigung für das geplante Entsorgungszentrum erteilen sollten. Es muß weiterhin sichergestellt werden, daß das Wiederaufarbeitungs- und Entsorgungszentrum so schnell wie möglich fertiggestellt und in Betrieb genommen wird.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat schon bei der Anhörung zur Energiepolitik vor dem Wirtschaftsausschuß des Bundestages festgestellt: Jede weitere Verzögerung beim Bau von Kohlekraftwerken und ein anhaltender Bau- oder Genehmigungsstopp bei Kernkraftwerken hat in mehrfacher Hinsicht negative Effekte auf die Beschäftigten:
a) Es müssen unmittelbar Arbeitsplätze bei den am Bau beteiligten Unternehmen verloren gehen.
In der Reaktorindustrie und bei deren Zulieferfirmen wären Entlassungen nicht zu umgehen.
b) Das erreichte technische und wissenschaftliche Niveau und die hochentwickelten Technologien in der Bundesrepublik im gesamten Energiebereich gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln. Jeder Rückschritt hätte hier unmittelbar unvertretbare Auswirkungen auf die Bschäftigten im Energiebereich und auf die Beschäftigungslage insgesamt.
Ein Teil unserer Lebensqualität in der Zukunft wird davon abhängen, ob wir auch weiterhin international in Forschung, Entwicklung und Anwendung dieses erreichte Niveau sichern und ausbauen.
In dieser Situation kann es nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen, einen längerfristigen generellen Baustopp für Kernkraftwerke aufrechtzuerhalten. Der DGB-Bundesvorstand ist deshalb der Meinung, daß die Baugenehmigung für neue, jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke in begründeten Fällen erteilt werden kann. Dabei ist der Energiebedarf ebenso zu berücksichtigen wie die Beschäftigungssituation und die Erhaltung des technologischen Standards der kerntechnischen Industrie. Die deutschen Gewerkschaften gehen davon aus, daß die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeiter und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbau und Reaktorbetrieb sowie bei der Entsorgung gewährleistet werden.
Für die energiepolitische Weichenstellung stellt der DGB-Bundesvorstand erneut fest: Der Einsatz einheimischer Steinkohle zur Deckung des Strombedarfs ist im Rahmen des Möglichen auszuweiten. Dazu ist es notwendig, daß
– alte Kohlekraftwerke, die in den nächsten Jahren stillgelegt werden, durch neue Stromerzeugungskapazitäten auf Steinkohlenbasis ersetzt werden und
– darüber hinaus zusätzliche Kohlekraftwerke gebaut werden.
Der DGB und seine Gewerkschaften fordern verstärkte Anstrengungen zur Energieeinsparung und zur Entwicklung neuer Technologien.
Der DGB-Bundesvorstand ist der Ansicht, daß nur so die beschäftigungspolitischen Interessen der Arbeitnehmer und die sicherheitspolitischen Interessen der gesamten Bevölkerung vertreten werden können.

Argumentation der Befürworter

BETRIEBSRÄTE DER FIRMEN

INTERATOM INB GHT

AN DIE BETRIEBSRÄTE DER
ENERGIEWIRTSCHAFTLICHEN UNTERNEHMEN
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bergisch Gladbach 1.den 17.12.77

KONTROVERSE UM DIE FRIEDLICHE NUTZUNG DER KERNENERGIE

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Kontroverse um die friedliche Nutzung der Kernernergie war in diesem Jahr bereits soweit eskaliert, daß die Belegschaften der Unternehmen der Energiewirtschaft zu einem energischen Eintreten für die Sicherung der Energieversorgung sich genötigt sahen. Eindrucksvolle Beispiele hierfür sind

- die Demonstration für die "Sicherung der Energieversorgung durch Kohle und Kernenergie" am 29.9.1977 in Bonn
- der Betriebsrätekongress '77 zur Energiepolitik in der Dortmunder Westfalenhalle am 12.10.1977
- die Großkundgebung des DGB am 10.11.1977 im Westfalenstadion in Dortmund.

Das engagierte Eintreten unserer Belegschaften, tatkräftig unterstützt von den Kollegen in den Betriebsräten, das natürlich auch von unserer Sorge um die Arbeitsplätze mitgeprägt wurde, hat zu ersten sichtbaren Erfolgen geführt. Besonders deutlich wurde dies auf den Parteitagen der im Bundestag vertretenen Parteien im Herbst dieses Jahres. Alle Parteien haben das Thema "friedliche Nutzung der Kernenergie" aufgegriffen und kritisch uns sachlich darüber diskutiert.

Diese von den Mitarbeitern der kerntechnischen Industrie mit Genugtuung zur Kenntnis genommene positive Entwicklung, kann unsere Sorgen um die Zukunft der deutschen Kerntechnik allerdings noch nicht vollkommen zerstreuen. Die Strategie der Kernenergiegegner hat sich von den offensichtlich wenig populären und von linksradikalen Gruppierungen gesteuerten und kontrollierten Kampfmaßnahmen gegen Kernkraftwerksanlagen vorläufig abgewandt und zielt nun auf eine Verunsicherung der Bevölkerung durch Horrorgeschichten in den Medien. Typische und aktuelle Beispiele hierfür sind:

Im folgenden wird kritisiert :

Die Sendung: "Brauchen wir mehr Kernenergie ?" ZDF-Sendung "Bilanz" vom 16.11.77

Die ARD Sendung: "Das Feuer aus der Asche" vom 16.11.77

Der Artikel: "Macht Kernenergie krank ?" Aprilausgabe 77 "Das Tier"

Der Artikel : "Atomkraftwerke - Fluch oder Segen ?" April 77 aus "Neue Politik"

Der offene Brief an den Bundespräsidenten unter dem Titel "Kernenergie - gefährlich und überflüßig ?" Oktober 77, "Das Tier"

Die Mitarbeiter der Kerntechnik in Bergisch Gladbach sind nicht mehr länger gewillt, solche Artikel reaktionslos hinzunehmen. Dies vor allem auch deshalb, weil in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen muß. als wären die in der kerntechnischen Industrie tätigen Menschen fachlich inkompetent, gewissenlos und ohne jede Verantwortung für das Gemeinwohl.

Eine krtische Stellungnahme zu den Pamphleten von Prof. Dr.E.Huster ist die beiliegende Druckschrift "Die Kernenergie und der Borkenkäfer - Ein Blick in die "Wissenschaftlichen" Grundlagen der Kernenergie-Opposition", die wir Euch zur Information übergeben möchten. Diese Druckschrift wurde auch an Herrn Prof. Dr.E.Huster, an die seine Artikel unterstützenden Professoren, die Medien (Presse,Fernsehen, Rundfunk) und an die Abgeordneten aller drei Fraktionen versandt. Wir hoffen, daß Euch diese Druckschrift wertvolle Argumentationshilfen in Euren Diskussionen mit Kernenergiegegnern liefern wird.

Mit kollegialen Grüßen

[redacted]
IA-Betriebsrat

[redacted]
INB-Betriebsrat

[redacted]
GHT-Betriebsrat

Unterschrieben bitte an nachstehende Adresse zurücksenden

AN DEN
BETRIEBSRAT DER KRAFTWERK UNION
STANDORT ERLANGEN

ES GEHT AUCH UM IHRE ZUKUNFT!

Erlangen, im November 1976

Kraftwerke, die heute gebaut werden, sichern die Arbeitsplätze der Zukunft für uns alle.

Wer heute verhindert, daß Kraftwerke gebaut werden, macht sich schuldig an der Arbeitslosigkeit von morgen.

Wir sind für Bürgerinitiativen.
Wir sind dafür, daß die Bürger gehört werden.
Wir sind für weitestgehende Aufklärung und Information.

Aber: Wir haben kein Verständnis für Leute, die als Berufsdemonstranten durch die Lande ziehen und rechtswidrig Bauplätze besetzen, während wir Arbeitnehmer unsere Pflicht tun.

Wir verurteilen die einseitigen Darstellungen in Presse, Funk und Fernsehen über die Vorgänge bei Kraftwerksbauten. Diese bewußte Irreführung und Manipulation der öffentlichen Meinung gefährdet zehntausende von Arbeitsplätzen.

Kernkraftwerke sind die sichersten technischen Großanlagen unserer Zeit. Alles wird in staatlichen Genehmigungsverfahren sorgfältig und ernsthaft geprüft. Deshalb hat z. B. das Genehmigungsverfahren für Brokdorf 2 1/2 Jahre gedauert. Erst danach wurde eine rechtswirksame Baugenehmigung erteilt.

Gerade wir sind für die Sicherheit im Kraftwerkbau, denn auch wir haben Familie und Kinder und sorgen uns um deren Gesundheit und Zukunft.

Geben Sie uns bitte Ihre Unterschrift! Wir wollen damit der Öffentlichkeit deutlich machen, daß es nicht nur Gegner gibt, sondern auch Menschen, die an der Sicherung der Energieversorgung von morgen und an der Erhaltung der Arbeitsplätze, heute und in der Zukunft, interessiert sind.

Der Betriebsrat
der Kraftwerk Union
Standort Erlangen

Wenn Sie unsere Meinung akzeptieren, dann unterschreiben Sie bitte dieses Blatt und senden Sie es umgehend an uns zurück.

.....	.....	.....	.....	.....
Unterschrift	Name	Vorname	Straße	Wohnort

Kraftwerk Union
AKTIENGESELLSCHAFT
Betriebsrat

8520 ERLANGEN
POSTFACH: 32 20
HAMMERBACHERSTR. 12 + 14

TELEFON: (0 91 31) 18 -1
TELEX: 6 29 866
TELEGRAMM:
KRAFTWERKUNION ERLANGEN

Betriebsrat
[redacted]

8500 Nürnberg 2

IHRE ZEICHEN/IHRE NACHRICHT VOM

UNSERE ZEICHEN	NAME	TELEFON	DATUM
KWU [redacted]	[redacted]	[redacted]	28.1o.77

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die öffentliche Energiediskussion nimmt immer größere Dimensionen an. Ihre Auswirkungen drohen, die Stromversorgung der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden.

Wir sind uns im Betriebsrat der Kraftwerk Union AG am Standort Erlangen der Auswirkungen eines weiter andauernden Baustops für Kohle- und Kernkraftwerke bewußt. Insbesondere sehen wir die Folgen für die Arbeitsplätze bei Euch in der Zulieferindustrie und bei uns im Kraftwerkbau.

Aus diesem Grund unterstützen wir eine Bürgerinitiative, die sich bei uns in Erlangen gebildet und die sich die Sicherstellung der Energieversorgung zum Ziel gesetzt hat. Sie ist überparteilich und finanziert sich nur durch Spenden und freiwillige Mitgliedsbeiträge, eine Pflicht zum Zahlen von Beiträgen besteht nicht.

Wir senden Euch hiermit etwa 50 Unterschriftsblätter der Bürgerinitiative RE und bitten Euch, sie in Eurem Betrieb zur Unterschrift und Solidaritätserklärung umlaufen zu lassen.

Für eine baldige Rückgabe der unterschriebenen Listen an unsere Adresse sind wir Euch dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted] BR-Vorsitzender

Anlage

[redacted] Betriebsausschuß

RE RECHT AUF ENERGIE

(...)

RE heißt auch „Recht auf Energie" und ist ein Zusammenschluß von Bürgerinnen und Bürgern in der Vereinigung zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft e.V.

RE will unser
- Recht auf Energie
- Recht auf Demokratie
- Recht auf soziale Marktwirtschaft

RE sucht Frauen und Männer aus der bisher schweigenden Mehrheit.

RE hilft mit Informationen und sucht Ihre Hilfe gegen geistigen und handgreiflichen Terror.

RE will, daß unser Staat auch in der Energiefrage wieder handlungsfähig wird.

RE ist eine solidarische Gemeinschaft der bisher schweigenden Mehrheit.

RE braucht Ihre Stimme für
- soziale Sicherheit
- Demokratie
- Vernunft in der Energiepolitik

RE braucht auch Ihre Unterschrift, auch die Ihrer Familienangehörigen, Freunde und Bekannten.

Ich unterstütze das Anliegen von **RE** - Recht auf Energie
Vereinigung zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft e.V.
Vorsitzender: Prof. Dr. F.W. Winter, Bergische Universität Wuppertal

Name	Anschrift	Unterschrift
1.		☐
2.		☐
3.		☐

Dies ist die 2. von 12 Informationsanzeigen

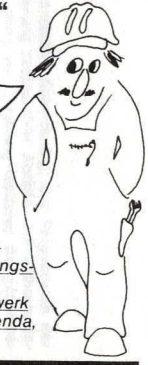
IG Bergbau und Energie Vorsitzender Adolf Schmidt:

„Jetzt entscheiden über die Energieversorgung der Zukunft„

„In der Energieversorgung stehen unser Land, seine Wirtschaft und seine Menschen vor einer entscheidenden Wende. Die bedeutendsten Energieträger, Öl und Gas, gehen ab 1990 zur Neige. Bis dahin werden natürliche Energiequellen, wie Sonnen- und Windenergie, kaum oder nur unwirtschaftlich nutzbar sein.

Siegfried Lowitz macht sich Gedanken über die Energieversorgung von morgen.

Die einzigen Energieträger, die langfristig in den nächsten Jahrzehnten eingesetzt werden können, sind Kohle und Kernenergie. Unser steigender Energiebedarf läßt sich nur auf der Basis einer langfristigen Planung sichern, in der Kohle und Kernenergie gleichzeitig und gemeinsam ihre Rolle haben; wobei aber der Grundsatz gelten muß: Kernenergie so viel wie nötig, Kohle so viel wie möglich.“



Für den Aktionskreis Energie: Die Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Alfred Hülsken, GHH Sterkrade AG (Gutehoffnungshütte), Sterkrade, Heinz Englisch, M.A.N., Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, München, Karl-Heinz Nolden, Kraftwerk Union AG, Mülheim · Betriebsratsvorsitzender Hubert Kolenda, Krauss-Maffei AG, München

Aktionskreis Energie: „Wir sprechen für viele.“

Reaktor-
Brennelement
Union GmbH

Im Auftrag der unterzeichneten Firmen

Hanau, den 8.3.1977

Herrn Bundesminister
des Innern
Prof. Dr. W. Maihofer
Rheindorfer Str. 198

53oo Bonn 7

Energieprogramm der Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die unterzeichneten Firmen und ihre Betriebsräte bitten die Bundesregierung um Oberprüfung der Genehmigungspraxis für Kernkraftwerke, die voraussichtlich zu einer mehrjährigen Verzögerung im Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik führen wird. Die unterzeichneten Firmen haben in der Vergangenheit im Vertrauen auf das Energieprogramm der Bundesregierung durch Investitionen Kapazitäten für ein weiteres Wachstum aufgebaut sowie qualifizierte Mitarbeiter eingestellt und ausgebildet. Hierdurch wurde auf dem Gebiet der Brennelementfertigung und ihrem Zulieferbereich eine technisch zuverlässige und sichere Grundlage für die laufende Belieferung der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen.

Die in jüngster Zeit genannten Zahlen, die sich aus der veränderten Genehmigungspraxis zwangsläufig ergeben, werden für die unterzeichneten Firmen sowohl personelle, technische wie auch

- 2 -

D-6450 Hanau 11
Postfach 110060
Tel. (06181) 500-

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Hans Frewer
Geschäftsführer:
Alexander Warrikoff, Erich Zastrow
Handelsregister Hanau 41
HRB 1201

wirtschaftliche Verluste bedeuten. Die Geschäftsleitungen und die Betriebsräte der unterzeichneten Firmen appellieren daher an die Bundesregierung, an den Zielen des Energieprogramms festzuhalten und insbesondere bei der Genehmigung kerntechnischer Anlagen ein zügiges Genehmigungsverfahren zu gewährleisten.

Wir haben uns erlaubt, dieses Ihnen vorgetragene Anliegen auch den Herren Bundesministern für Wirtschaft und für Forschung und Technologie sowie der Presse mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschriften siehe Anlage)

		unterschrieben von
Reaktor Brennelemente Union Gmbh	645 Hanau 11	14 Betr.Räten
Alkem Gmbh	645 Hanau 11	7 " "
Acker+Stichel Gmbh & Co KG	645 Hanau	2 " "
Erich Beinhorn KG	645 Hanau	3 " "
Süddeutsche Feinmechanik GmbH	6482 Bad Orb	11 " "
Herdt Stahlbau	6o74 Urberach	2 " "
Hochtief AG	6 Frankfurt 1	2 " "
Wolfgang A. Reiber	6o41 Nieder-Roden	kein
Jakob Nohl GmbH	61 Darmstadt	6 " "
Schmoll Maschinen	6242 Kronberg	4 " "
System Schultheis	64 Fulda	5 " "
Ingolf Steinicke	6477 Limeshain 3	3 " "
Gasa-Produktion	875 Aschaffenburg	kein
A. Gentil	875 Aschaffenburg	2 " "
Willi Hörig Meßwerkbau	875 Aschaffenburg	8 " "
Konrad Achenauer KG	851 Fürth	1 " "
Brema -Werk Hans Brechenmacher	854 Schwabach	6 " "
Federnfabrik Nürnberg	85 Nürnberg	4 " "
E.Hart Ing.u.Planungsbüro	87o2 Rottendorf	kein
Hans Ruchser	85o1 Ochenbruck	3 " "
Fürstl.Hohenzollernsche Hüttenverwaltung Lauchertal	748 Sigmaringen	15 " "
Siemens AG München	8 München	1o " "
Siemens AG Bremen	Bremen	7 " "
Komage Gellner & Co Masch.Fabr. KG	55o9 Kell	3 " "
NRG Nuklearrohrges.mbH	41 Duisburg 1	5 " "

Mit „Handgeld“ für Kraftwerke

Frankfurter Firmenangehörige fahren zur Kundgebung

„Kernkraftwerke sollen gebaut werden“, lautete der Kurz-Kommentar eines der 53 Reisenden in Sachen Pro-Atomenergie, die am Donnerstagmorgen um 8.45 Uhr mit dem Bus vom Eingangstor der Firma Hartmann & Braun in der Bockenheimer Falkstraße aufbrachen. Ihr Ziel: das Westfalenstadion in Dortmund, wo der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Massenkundgebung mit 40 000 Arbeitnehmern aus der Elektrizitätswirtschaft und den Kraftwerksunternehmen veranstaltete.

Gut war die Stimmung bei den H&B-Mitarbeitern, brauchte man doch den Ausflug nicht aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Zunächst einmal wurden die „53“ von ihrem Betrieb, der Meß- und Regelgeräte für Atomkraftwerke produziert, „freigestellt“. Ein Urlaubstag fällt nicht ins Wasser, das stärkt die Motivation. Zusätzlich gab's 20 Mark Handgeld vom Betriebsrat, wie die H&B-Pressestelle mitteilt, direkt von der Unternehmensführung, wie ein daheimgebliebener H&B-Mitarbeiter in Erfahrung gebracht haben will.

„Merkwürdig, daß der Arbeitgeber für eine Gewerkschaftsveranstaltung ein Tagesgeld von 20 Mark zahlt“, wundert er sich angesichts solch offensichtlicher Interessen-Harmonie.

„Mit fünf Mark sind Sie dabei“, hieß es dagegen für die Beschäftigten der Kraftwerk-Union in Offenbach. Soviel nämlich mußten die in 17 Bussen aufbrechenden Atom-Demonstranten hinblättern, damit sie einen der begehrten Plätze ergattern konnten. Denn auch hier hieß es: Demonstrationszeit ist Arbeitszeit. So war denn auch rund die Hälfte der KWU-Beschäftigten unterwegs in Richtung Dortmund, für einen Daheimgebliebenen Grund zu der Feststellung: „An vielen Telefonanschlüssen meldet sich niemand.“

Wie böse Zungen behaupten, bekamen die KWU-Mitarbeiter nur deshalb kein Zusatz-Handgeld, weil hier die Geschäftsleitung von vornherein größere Betroffenheit als bei den H&B-Mitarbeitern voraussetzen konnte, wo die Produktion für Atomanlagen einen geringeren Stellenwert hat.

Freigiebigkeit hat doch ihre Grenzen. Die Frankfurter Bürgerinitiative hat unterdessen ihren geharnischten Protest gegen, wie es heißt, „Bestechungen der Unternehmer“ ausgedrückt. Die Gegner der Atomenergie — so ein Sprecher — könnten ihren Protest nur in der Freizeit oder bei Lohnausfall zum Ausdruck bringen.

pli

Kollegen von Hartmann & Braun, Frankfurt, berichten:

MIT FREIBIER UND HANDGELD NACH DORTMUND

Bei der DGB-Kundgebung für Atomkraftwerke in Dortmund waren auch 53 Kollegen der Firma Hartmann & Braun vertreten.

Die meisten der 3.800 H&B-Mitarbeiter in Frankfurt erfuhren allerdings erst am Tage nach der Demonstration aus der Zeitung, daß auch eine Delegation ihres Betriebes in Dortmund war. Die Organisation der Fahrt fand im Geheimen statt. Die IG-Metall hatte nicht etwa im Betrieb zur Beteiligung aufgerufen, sondern über einzelne freigestellte Betriebsratsmitglieder die "Mannschaft" zusammengestellt.

So kam es, daß eine Reihe der Teilnehmer gar keine Gewerkschaftsmitglieder waren, einige sogar er-

klärte Gegner der Gewerkschaften. Die Methode, mit der diese "Demonstration" organisiert wurde, wird auch von den meisten derjenigen Kolleginnen und Kollegen abgelehnt, die nicht gegen Kernkraftwerke sind.

Für die sorgfältig ausgewählten Teilnehmer der Fahrt nach Dortmund gab's dann nicht nur einen voll bezahlten Urlaubstag von der Firma, eine kostenlose Busfahrt, sondern auch noch ein Handgeld von 20 Mark und Freibier ür unterwegs.

Dabei hätten die Kollegen von H&B allen Grund, wegen der Gefährdung ihrer Arbeitsplätze auf die Straße zu gehen. Fast 50% der H&B-Aktien gehören der AEG, die Übernahme der Aktienmehrheit ist nur noch eine Frage der Zeit. Unter Anleitung der AEG-Vorstände haben die H&B-Bosse deshalb dem Betrieb eine Radikalkur verschrieben: Durch Personalabbau und Steigerung der Leistung sollen die Lohnkosten rigoros vermindert werden.

Schlucken muß diese "Medizin" die Belegschaft: seit Monaten werden Arbeitsplätze vernichtet, Sozialleistungen gekürzt, die Akkordarbeit ausgedehnt. Allein in diesem Jahr soll die Belegschaft um 680 Beschäftigte verringert werden.

H&B produziert unter anderem Meßgeräte für Atomkraftwerke. Für die Betriebsratsmehrheit ist das ein wo

triebsratsmehrheit ist das ein willkommener Anlaß, Baustop-Gerichtsurteile und Bürgerinitiativen für die Entlassungen bei H&B verantwortlich zu machen.

Damit lenken sie von der Tatsache ab, daß die Gefahr für die Arbeitsplätze bei H&B in erster Linie vom Vorstand ausgeht - von den Bestrebungen, durch verschärfte Rationalisierung Lohnkosten zu sparen. Die IGM-Betriebsratsmehrheit macht dieses Ablenkungsmanöver mit.

Ein Kollege von INTERATOM berichtet über die Mobilisierung zur Dortmunder Demonstration vom 10. November 1977:

"Viele werden sich fragen, wie man denn Dortmund und andere "Arbeitsplatzsicherungsaktionen" organisiert hat. So: Norbert Dietrich, Betriebsrat der Firma INTERATOM, unterschrieb massenweise Aufrufe zur Teilnahme an der Großkundgeung in Dortmund. Vorher ließ man nen Probelauf starten, als es darum ging, Mitarbeiter zur Teilnahme an der für den 18. 10. 1977 angesetzten Demonstration in Hanau zu bewegen. Verlockende Bedingungen wurden angeboten. 150 Leute sollten von INTERATOM mitfahren dürfen. An Fahrtkosten waren dafür 5.-DM zu bezahlen, die ausgefallene Arbeitszeit (8 Stunden) wurde bezahlt. Doch auch diese Hanauer Kundgebung war, ebenso wie die Bonner am 29. 9., noch nicht das, was man sich bei der Atomindustrie wünschte. Auf einem "Betriebsrätekongreß" in Dortmund, wurde der Beschluß gefaßt, den Gesamtbetriebsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke (VWE) zu beauftragen, eine "Großkundgebung" zusammen mit den "zuständigen" Gewerkschaften vorzubereiten. Bald darauf stellte der INTERATOM-Betriebsrat mit "großer Freude" fest, daß die "Entscheidung" gefallen sei und stürzte sich in fieberhafte Aktionen.

Drei Tage vor dem großen Ereignis in Dortmund verschluckten sich in der Kantine die Mitarbeiter bei Gulasch und Butternudeln, als eine jammernde Lautsprecherstimme mitteilte: "Erst 280 Teilnehmer!" Es sei doch eine Schande, so in Dortmund aufzutreten, bei einer Firma mit 1.600 Mitarbeitern ... Kurz darauf postierte sich der Betriebsratsvorsitzende am Kantinenausgang und bot vorbeigehenden Mitarbeitern Teilnahmekarten an

- waren es in Bonn noch 1.000 Interatomler, die für Atomkraftwerke demonstrierten, so waren es in Dortmund nur noch 600. Davon hört man in der Öffentlichkeit natürlich nichts."

Referat von Eugen Loderer zur energiepolitischen Großkundgebung am 10.11.77 in Dortmund.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sichere Energieversorgung, Sicherung und Weiterentwicklung des Lebensstandards, sichere Arbeitsplätze, diese drei gewerkschaftlichen Forderungen stehen in einem engen Zusammenhang.

Wir haben uns heute hier versammelt, um diesen Zielen politischen Nachdruck zu verleihen.

Die Fragen der Energiepolitik sind Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Es besteht kein Zweifel: Die Probleme einer langfristigen Absicherung der Energieversorgung wurden in der Bundesrepublik lange nicht umfassend erörtert.

Die IGM hat sich frühzeitig in die Diskussion eingeschaltet. Unsere Auffassung wurde durch unseren Beirat im März dieses Jahres formuliert und vor wenigen Wochen durch unseren Gewerkschaftstag bestätigt. Unsere Position ist nach wie vor Grundlage unserer Arbeit. Die Mitglieder unserer Organisation wissen, daß es uns immer darum geht, die Arbeitsplätze zu sichern. Aber das Verantwortungsspektrum der größten Einzelgewerkschaft der Welt erstreckt sich auf die Fragen der Sicherheit der gesamten Bevölkerung.

Ich zitiere den Kernsatz unserer Entschließung:
Wir können und wollen auf die Verwertung der Kernenergie in unserem Lande nicht verzichten.
Diese Meinung wird von allen DGB-Gewerkschaften getragen.

Wir sind keine Anbeter eines Wirtschaftswachstums um jeden Preis. Aber wir wissen, daß Vollbeschäftigung nur durch gezielte Wachstumsförderung erreichbar ist.

Wir wehren uns gegen die Arbeitgeber, wenn sie in dieser schwierigen Situation ihre zögernde Einstellungspolitik weiter pflegen. Wir lassen es vor allem nicht zu, daß durch Fehlentscheidungen und verantwortungslose Verzögerungen Kolleginnen und Kollegen im Energiebereich ihre Arbeitsplätze verlieren.

Die Kerntechnik ist relativ neu. Sie gehört zu den Technologien, bei denen die Bundesrepublik international eine wirklich führende Position erkämpft hat. Das ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der Beschäftigten dieser Industrie. Dieses technologische Potential darf nicht verloren gehen.

Es hat wenig Sinn, mit den verschiedenen Zahlen über die Beschäftigungswirkungen energiepolitischer Maßnahmen zu taktieren. Für uns ist jede Zahl Grund genug, eine Energiepolitik zu fördern, in der die Vollbeschäftigung ihre verdiente Priorität hat.

Kolleginnen und Kollegen, neue Technologien benötigen Reifezeit, bis ihre Probleme beherrscht und kontrolliert werden. Die Kerntechnologie macht hier keine Ausnahme.

Unstrittig ist aber, daß es keinen Bereich gibt, in dem vor allem wir so viel Gewicht auf die Bewältigung von Sicherheitsproblemen und auf die Kontrolle der technischen Abläufe gelegt haben.

Wir können Erfolge vorweisen. Unser politischer Druck hat sich ausgezahlt. Der Sicherheitsstandard für den Betrieb der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik ist heute der höchste in der ganzen Welt. Weitere Verbesserungen sind notwendig. Nichts sollte unversucht bleiben. Verhängnisvolle Unfälle müssen in ihrer Wahrscheinlichkeit und in ihrem Umfang auf ein Minimum beschränkt werden. Von zentraler Bedeutung ist die Beseitigung radioaktiver Rückstände. Hier sind noch Fragen offen.

Der politische Druck zur Lösung dieser Fragen darf jedoch nicht zur Verhinderung der Kernenergie ausarten. Bürgerinitiativen nehmen heute für sich in Anspruch, die Bevölkerung auf die Probleme der atomaren Abfallbeseitigung hingewiesen zu haben. Ich meine aber, ihr Einsatz wird spätestens dann zweifelhaft, wenn sie lebenswichtige Entwicklungen in fanatischer Weise blockieren, wenn sie Arbeitsplätze und unsere materiellen Lebensbedingungen in Gefahr bringen.

Wir haben nichts einzuwenden gegen aktive Bürger. Aber wir haben etwas dagegen, wenn Teile von Bürgerinitiativen aus dem Recht zu demonstrieren das Recht zu demolieren machen.

Die Säulen der parlamentarischen Demokratie in unserem Lande sind vor allem die politischen Parteien. So wollen wir es als Demokraten und freie Gewerkschafter. Daran lassen wir von keiner Bürgerinitiative rütteln. Die Energiepolitik gehört in die Parlamente. Weder Bürgerinitiative noch Gerichte dürfen über unsere Zukunft entscheiden.

Einzelne Gerichtsurteile haben in der heutigen Situation mehr Wirkung auf die gesamte Energiepolitik als politische Entscheidungen. Es hat keinen Sinn, die Gerichte zu beschimpfen. Die Richter handeln nach bestem Wissen im Einzelfall. Aber wir brauchen für die Energiepolitik insgesamt klare politische Rahmenbedingungen.

In anderen Fällen werden Gesetze im Eilverfahren verabschiedet.Dazu reden wir sicher nicht das Wort. Aber tun wir auch bitte nicht so, als handele es sich hier um ein Jahrhundertwerk. Dafür haben wir keine Zeit. Und schließlich leben wir mit dem Problem Kernenergie nicht erst seit 1977.

Wir respektieren die Interessen des einzelnen Bürgers. Wir respektieren die Rechte aller Gruppen. Wir stehen ohne Abstriche zur Rechtsstaatlichkeit in unserem Lande. Aber wir fordern, daß der Bau von Kraftwerken - von Kernkraftwerken ebenso wie von Kohlekraftwerken - vernünftig weitergeführt wird. Das Einzelinteresse darf nicht in unzumutbarer Weise über die vitalen Anliegen von uns allen obsiegen.

Politiker und Parteien haben bislang nicht den Weg gefunden, hier die Interessen des Einzelnen mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Genau dieser Mangel steht dem notwendigen Ausbau unserer Energieversorgung entgegen. Arbeitsplätze werden so gefährdet; in der Metallverarbeitung ebenso wie in der Bauindustrie und in anderen Bereichen.

Es kann aber nicht angehen,daß unsere Kolleginnen und Kollegen für die Versäumnisse der Politik mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen.

Kolleginnen und Kollegen, im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Kernenergie ist die Entsorgungsfrage ein zentrales Problem. Wir haben auch in der Öffentlichkeit klargemacht, welche Fragen technischer und politischer Art dabei auftreten. Ich habe den Eindruck, die betroffenen Unternehmen haben nicht immer alles getan, dieser Frage Herr zu werden. Man hat Probleme vor sich hin- und von sich weggeschoben. Da nehme ich auch die Energieversorgungsunternehmen nicht aus.

Das Entsorgungsproblem darf auch nicht als Spielball parteitaktischer Überlegungen mißbraucht werden. Genau das geschieht in Niedersachsen seit vielen Monaten. Da wird nicht politisch gepokert. Nein - da wird ein ganz mieser "Schwarzer Peter" veranstaltet. Und das auf dem Rücken vieler tausend Arbeitnehmer.

Ich frage Herrn Kohl: Wie sind seine positiven Äußerungen zur Energiepolitik mit dem Verhalten seines Parteifreundes Albrecht in Hannover zu vereinbaren? Werden hier etwa nur zweideutige Schaufensterreden gehalten?

Die Reaktorsicherheitskommission und die Strahlenschutzkommission haben vor wenigen Tagen bestätigt, daß das Entsorgungszentrum sicherheitstechnisch realisierbar ist. Einige noch ungelöste technische Probleme bleiben. Wir alle miteinander gehen zwar davon aus, daß diese Probleme

lösbar sind. Aber im Interesse der langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen muß dies schnell geschehen. Die Probebohrungen in Gorleben sind umgehend zu beginnen. Die Baugenehmigung für das geplante Entsorgungszentrum ist schnellstens zu erteilen.

Kolleginnen und Kollegen, niemand von uns hat Interesse an einem Moratorium bzw. an einem sich immer länger hinstreckenden Genehmigungsstop. Oberste Priorität haben für uns immer die Arbeitsplätze. Wir alle wollen ausschließlich die Lösung der noch offenen Fragen parallel zum Ausbau der Energieversorgung.

Mit dem DGB-Bundesvorstand sind wir der Meinung, daß die Baugenehmigung für jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke in begründeten Fällen erteilt werden sollte.

Dortmunder Rede von Heinz Kluncker (Auszug)

Wie sieht nun die Gewerkschaft ÖTV im Rahmen der gemeinsamen DGB-Plattform die gegenwärtige Lage?

Wir sind davon überzeugt, daß für eine absehbare Zeit auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke nicht verzichtet werden kann.

Für mich gilt dabei die realistische Formel - mag sie noch so unverbindlich aussehen: So wenig Kernenergie wie möglich, aber so viel Kernenergie wie zur Sicherung der Arbeitsplätze nötig.

Zu dieser wichtigen Frage zur Sicherung der Vollbeschäftigung gehört auch die Arbeitsplatzsituation der Beschäftigten im Energiebereich.

In diesem Zusammenhang muß nicht zuletzt an die technische und wissenschaftliche Qualifikation der im Energiebereich beschäftigten Arbeitnehmer gedacht werden. Das gilt für die Energieerzeugung, die Energieverteilung, aber auch für die Energieforschung.

Es gilt das erreichte technische und wissentschaftliche Niveau und die hochentwickelten Technologien im gesamten Energiebereich der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Ein Verzicht auf eine Weiterentwicklung hätte unvertretbare Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Beschäftigten im Energiebereich, aber auch auf die Beschäftigungslage vieler anderer Arbeitnehmer.

Nur wenn durch Forschung, Entwicklung und Anwendung das bisherige Niveau von Qualifikation und Technologie im gesamten Energiebereich gesichert und ausgebaut wird, kann künftig eine verbesserte Lebensqualität gewährleistet werden.

Die Gewerkschaften haben schon bei der Anhörung zur Energiepolitik vor dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages festgestellt: Jede weitere Verzögerung beim Bau von Kohlekraftwerken und ein anhaltender Bau- und Genehmigungsstopp bei Kernkraftwerken hat in mehrfacher Hinsicht negative Effekte auf die Situation der Arbeitnehmer, denn

- es würden unmittelbar Arbeitsplätze bei den am Bau beteiligten Unternehmen verloren gehen;
- in der Reaktorindustrie und bei deren Zulieferfirmen wären Entlassungen nicht zu umgehen. Dies würde vor allem für Mitarbeiter in den Planungsabteilungen gelten;
- es würden arbeitsplatzschaffende Investitionen unterbleiben.

Bei den Überlegungen zur Wiederherstellung und zur dauerhaften Absicherung der Vollbeschäftigung muß berücksichtigt werden, daß - durch viele Ursachen bedingt - selbst ein nur quantitatives wirtschaftliches Wachstum in der Größenordnung der Vergangenheit in absehbarer Zukunft nicht mehr erreicht werden kann.

Die Gewerkschaften fordern daher ein qualitatives Wachstum. Sie meinen damit ein Wachstum, das Vollbeschäftigung ermöglicht und sichert.

Wirtschaftliches Wachstum ist allerdings kein Ziel, kein Wert an sich. Für uns ist es nur ein Mittel, um Vollbeschäftigung und einen guten Lebensstandard zu garantieren.

Vollbeschäftigung ist mehr als ein rein wirtschaftliches Ziel. In einem Sozialstaat ist die Verwirklichung der Vollbeschäftigung ebenbürtig mit der Verwirklichung anderer Grundwerte.

Wir Gewerkschafter wissen, daß ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum, Vollbeschäftigung und Energieverbrauch besteht.

Gewerkschafter gegen Atomkraft

Auf der Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier, Ortsverein Darmstadt, vom 6. 3. 1977 wurde der folgende Antrag Nr.20 angenommen:

"Kernkraftwerke

Die Jahreshauptversammlung möge folgende Solidaritätsadresse an die Adresse der Bürgerinitiativen 'Kein KKW in Brokdorf und anderswo' beschließen:

Die Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier Darmstadt solidarisiert sich mit Eurem Kampf zur Verhinderung des KKW Brokdorf.

KKW dürfen nur dann erbaut werden, wenn die Unbedenklichkeit aller mit KKW zusammenhängenden Fragen eindeutig nachgewiesen ist."

Kreisdelegiertenversammlung des DGB Kreis Starkenburg vom 15.Oktober 1977:

24

ANTRAG

Antragsteller: DGB-Ortskartelle Gross-Gerau und Dornheim

Betr.: Neuorientierung der Energiepolitik durch die Bundesregierung

Antragstext:
"Die Bundesregierung wird durch den DGB-Hauptvorstand aufgefordert, das energiepolitische Programm zu überprüfen und dieses neu zu orientieren."

Begründung:

Hinter den Atomkraftwerksplänen in der Bundesrepublik stehen dieselben Kräfte, die zuvor die Schließung von mehr als 130 Kohlenzechen betrieben und damit 400 000 Arbeitsplätze vernichtet haben.
An dieser Aussage gibt es nichts zu rütteln, sie ist jederzeit nachprüfbar. Die gleichen Konzerne, die 400000 Bergleute arbeitslos machten, für jede Tonne stillgelegter Kohle 15 DM vom Staat kassierten und das Geld sofort in das ge-

winnbringendere Ölgeschäft steckten, reden uns heute ein: Sein oder Nichtsein, das sei die Frage von Atomkraftwerken, sonst koste es Arbeitsplätze.
Die Bundesregierung arbeitet diesen Geschäftemachern offenbar wie damals in die Hände.
Umweltschutz, Schutz der Bevölkerung vor atomarer Gefahr, das alles zählt scheint nichts. Je entschiedener sich die Bevölkerung gegen Kernkraftwerke in Bürgerinitiativen wehrt, umso hartnäckiger wird versucht, deren Bau zu erzwingen.

Und warum eigentlich? Sitzen wir wirklich ohne Kernkraftwerke energiepolitisch auf dem Trockenen, wie es uns suggeriert wird? Gibt es keine anderen eigenen Energiequellen? In den anderen Ländern der Welt mit Kohlevorkommen, ob in den USA, der UdSSR oder sonstwo - wird alles daran gesetzt, die Förderung der Kohle zu steigern und sie in stärkerem Maße für die Energiepolitik nutzbar zu machen. Nicht so in der Bundesrepublik.
Der bundesdeutsche Steinkohlenbergbau sitzt auf den höchsten Halden seit Kriegsende. 24,5 Millionen Tonnen Kohle lagern bei den Zechen an Rhein, Ruhr und Saar. Für die Bergleute sind Feierschichten eingelegt. Weitere Schachtanlagen drohen stillgelegt zu werden. Die Bergleute, in ihrer Existenz bedroht, fordern Kohlekraftwerke.
Ist es unter diesen Umständen ein unbilliges Verlangen, von der Regierung eine Neuorientierung in der Energiepolitik zu fordern? Nicht den Geschäftemachern, sondern dem Schutz der Arbeitsplätze im Bergbau und den Interessen der Bevölkerung gebührt Vorrang.

dafür dagegen Enthaltung

64 Del.

ANTRAG 26 als Material zu 24

Antragsteller: DGB-Ortskartelle Gross-Gerau und Dornheim

Betr: Kernenergie

Antragstext:

" Als Gewerkschafter lehnen wir die Nutzung von Kernkraft ab. Der DGB wird aufgefordert, seine Stellungnahme zur Kernenergie dahingehend zu ändern.
Ferner fordern wir einen Bau- und Genehmigungsstop sowie einen schrittweisen Betriebsstop bei Kernreaktoren."

[redacted]

[redacted]

19. Dezember 1977

Aktionskreis Leben
z.Hd. [redacted]

[redacted]

6ooo Frankfurt 6o

Liebe Kollegen,

herzlichen Dank für das Flugblatt-Material, das uns außerordentlich zustatten kam. Wie Ihr aus der Anlage ersehen könnt, hat der VS bereits Folgerungen gezogen: Die Resolution wurde einstimmig vom Bundesvorstand verabschiedet. Ich gebe auch Flugblatt-Material an den bayerischen Landesbezirk weiter.

Bitte laßt mich wissen, wo und wann Aktionen geplant sind! An meinem lebhaften Partisanentum wird es, wie Ihr wißt, ohnehin nicht fehlen.

Mit den besten Wünschen für 1978

Euer

[redacted]

Der Bundesvorstand des VS in der Druck & Papier stellt in der Frage der Nutzung der Kernenergie eine innergewerkschaftliche Tendenz fest, die zu größter Sorge Anlaß gibt. Die massive Aktivität des „Arbeitskreises Energie", eine wohlorganisierte Kundgebung von Kernenergie-Befürwortern in der Dortmunder Westfalenhalle und, vor allem, die Zurücknahme der bisherigen "ausgewogenen Linie" zugunsten eines kaum mehr begrenzbaren KKW-Ausbaus haben dazu geführt, daß

* innerhalb des DGB bestimmte Produktionszweige gegeneinander ausgespielt,
* Fragen von zentraler Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung und damit für unsere Zukunft auf der Basis einer trade-unionistischen "Arbeitsplatz" -Ideologie entschieden sind
* tiefe Gräben zwischen der offiziellen DGB-Linie und der gesamten Bürgerinitiativ-Bewegung aufgerissen werden.

Der VS, in einer Industriegewerkschaft organisiert, deren ernste Probleme keineswegs auf ein mangelndes Energieangebot zurückgehen, wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen solche Entwicklung wenden. Er begrüßt deshalb auch die Gründung eines "Arbeitskreises Leben" im DGB, dessen Ziel es ist, die unbedingt notwendige Diskussion in dieser Frage offenzuhalten. Er empfiehlt seinen Mitgliedern, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

Stuttgart, 13. Dezember 1977

Gewerkschaft
der Eisenbahner
Deutschlands

Hauptvorstand
6 – Frankfurt am Main
28. März 1977

an: Mitglieder des Hauptvorstands
Bezirksleiter
Ortsverwaltungen

Betr. : Diskussion der Gewerkschaften über Kernenergie

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Der DGB möchte in einigen Monaten eine Stellungnahme zur Kernenergie verabschieden, der Entwurf ist als Anlage 1 ("Kernenergie und Umweltschutz" – eine Diskussionsgrundlage) beigefügt. IGM, IG Bau oder Bergbau sind eher befürwortend, die ÖTV (Anlage 5 – 7, vgl. ÖTV-Magazin 1/77 und 2/77) eher zurückhaltend. Die GdED kann sich für die Nutzung der Kernenergie nur dann aussprechen, wenn eine strahlenfreie Entsorgung und eine höchstmögliche Betriebssicherheit gewährleistet sind. Unsere Haltung ist nicht darin begründet, daß Kohle auch ein Massentransprotgut ist, sondern weil sich die Argumente der Kernkraft-Befürworter bei genauer Prüfung zunehmend als falsch erwiesen haben :

1. Atomstrom ist nur dann billiger als herkömmliche Energien, wenn die enormen Folgekosten der "Entsorgung" vom Staat ebenso bezahlt werden wie im Verkehr. Sind durch unsere Forderungen erst einmal alle Sicherheits- und Entsorgungs-Vorkehrungen getroffen, dann wird nach Aussagen der Kraftwerk-Fabrikanten Atomenergie viel teurer als die traditionellen Energiequellen.

2. Atomkraft macht ein Land nur dann unabhängiger von ausländischen Ölquellen, wenn der Atombrennstoff nicht gleichermaßen von den USA und der UdSSR monopolisiert wäre und wir vom Regen in die Traufe kämen – vgl. Anlage 3a („Müssen die Reaktoren stillgelegt werden?", aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.3.77)

3. Ein überstarkes Wachstum der Energie ist auch durch Verschwendung und Bedarfsweckung der Industrie ausgelöst: erst werden Elektroartikel für alle Lebenslagen angeboten, und dann der Atomstrom vom selben Konzern nachgeschoben. Die Drohung von Politikern, wir müßten ohne Atomstrom im Dunkeln sitzen, ist billigste Industriedrohung. Oder würden sonst 1977 erneute Feierschichten im Bergbau erzwungen? Zur künstlich erzeugten Energieverknappung vgl. Anlage 9 („Ölquellen mit Baggern zugeschüttet", aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 4. 74)

4. Ohne Atomkraftwerke würden Arbeitsplätze vernichtet – Friedrichs droht mit 8% Arbeitslosigkeit. Dieses Argument gleicht Krokodilstränen, wenn es von den Industriellen kommt. Erst ist einmal über die Gefahren der Produktion zu sprechen, dann über den Arbeitsplatz. Noch nie hat eine deutsche Gewerkschaft argumentiert, wir müßten wegen der Arbeitsplätze stärker rüsten. Zudem sind Atomkraftwerke kapitalintensiv wie kaum eine andere Produktion.

5. Hier ist zu reden davon, wer einstweilen an Atomkraftwerken verdient: die neuerlich nur noch Siemens gehörende Kraftwerk Union (KWU) hat weltweit eine ungeheure Position neben den US-Firmen Westinghouse und General Electric, die mit ihren Lizenzen die französische Framatome beherrschen. Fünftstärkster ist die schwedische ASEA-Atom, Japaner mit US-Lizenzen und Kanadier folgen. Die Briten sind abgeschlagen. Das Stichwort Brasilien-Geschäft genügt, um die Stärke der westdeutschen KWU zu illustrieren.

6 Das frühere Argument von den sicheren und sauberen Kernkraftwerken ist als Lüge zerronnen – vgl. Anlage 2 und 3 („Uran-Wiederaufbereitung technisch ungelöst", aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 3. 77). Hier hat gewerkschaftliche Kritik anzusetzen: Solange die "Entsorgung" nicht geregelt ist, solange die Betriebssicherheit nicht erhöht ist, solange können nur ganz wenige Reaktoren zu eben jenen Forschungszwecken betrieben werden, wie Sicherheit und "Entsorgung" bei kommerzieller Produktion zu leisten ist.

7. Der springende Punkt ist, daß bei normaler Atomstromproduktion Plutonium als Abfallprodukt entsteht, dessen tödliche Radioaktivität nach 24.000 Jahren erst zur Hälfte und nach 200.000 Jahren erst ganz zu strahlen aufhört. Das sind unfaßbare Zeiträume in der Menschheitsgeschichte, für die eine einzige Generation haften muß. Bekanntlich starb in Hiroshima die Hälfte der Opfer eines *Strahlentods*, die andere des sofortigen Hitzetods. Die Gefahr, die gesamte Erde durch radioaktive Strahlung leblos zu machen, kann nicht dadurch als gebannt gelten, daß die strahlenden Abfälle –zig tausende von Jahren "schmutzig" gelagert werden, bis sie von selbst ungefährlich würden. Auch nicht dadurch, daß sie in Stollen solange zwischengelagert werden, bis eine Methode zur vollen Entsorgung gefunden ist: sondern nur darin, daß *radioaktive Abfälle sofort nach Verbrauch voll aufgearbeitet werden müssen, koste es was es wolle*. Experten sagen, daß dies bis heute teilweise überhaupt noch nicht möglich ist, daß zum andern nur ganz begrenzte Kapazitäten für nicht allzu hoch verseuchte Reste bestehen. Nach diesen Angaben müssen für ein Atomkraftwerk gleich mehrere Aufarbeitungswerke geschaffen werden. Die der amerikanischen Hochfinanz nahestehende Zeitschrift "Foreign Affairs" (Vol 54, No.4, 1976) bestätigt, daß die wenigen Wiederaufbereitungsanlagen in den USA, Frankreich und Großbritannien (mit kleinen Versuchsanlagen in Karlsruhe, Japan, Belgien und Italien) heute quantitativ und qualitativ nicht ausreichen, um die verbrannten Kernstoffe auf zuarbeiten und damit zu neutralisieren. Und die bestehende UNO-Behörde "In-

ternationale Atomenergie-Organisation" hat die "Entsorgung nicht einmal in ihre statutarischen Funktionen aufgenommen !

8. Die Frage der Sicherheit während der Produktion scheint gleichermaßen noch nicht so gelöst, wie es notwendig ist, um jeden denkbaren Unfall zu vermeiden (vgl. Anlage 10, „Vertrauen in die Reaktortechnik?", aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.3.77). Wenn es um den Tod von Millionen bei Unfällen geht, ist hundertprozentige Sicherheit unabdingbar.

9. Die Frage des Schutzes der Kernkraftwerke vor Naturkatastrophen, kriegerischer Zerstörung oder vor erpresserischen Überfällen ist überhaupt nicht gelöst (vgl. Anlage 4, „Vom 1000-jährigen Atomreich" von Robert Jungk, in : Spiegel vom 7.3.77). Ähnlich wie frühere internationale Abkommen bakteriologische und chemische Waffen ächteten – aber nicht jeder Kriegsführende sich daran hielt – so wird ein UN-Abkommen unbekannter Qualität vonnöten sein, um Überfälle und Zerstörung von Kernkraftwerken tatsächlich zu verhindern. Dies führt, wie schon der Fall Traube zeigt, zwangsläufig in Richtung Polizeistaat oder schlimmeres. Das ist keine Schwarzmalerei. Denn jede Stufe der menschlichen Produktion hat sich immer diejenigen gesellschaftlichen Organisationen geschaffen, die diese Produktionstechnik dann auch zu schützen weiß. (Der asiatische Staat war despotischer Polizeistaat, weil nur so die Bewässerungs- und Brunnenkulturen zu regulieren waren.)

10. Wegen all solcher Gefahren werden Kernkraftwerke nur unter strikter Staatsaufsicht betrieben und gebaut werden dürfen. Was heute für Siemens/KWU, Westinghouse, General Electric und sowjetische Fabriken gut ist, taugt nicht automatisch zum Überleben der Menschheit. Kernkraft-Industrien werden in Zukunft deshalb vergesellschaftet werden müssen.

11. Alle Argumente laufen darauf hinaus, daß wegen der Gefahr der Selbstzerstörung der Menschheit Atomkraftwerke erst dann kommerziell betrieben werden dürfen, wenn ihr Betrieb maximal sicher ist, und wenn alle abgebrannten Brennstoffe so aufgearbeitet werden können, daß sie nicht länger tödliche Strahlen auszuschicken in der Lage sind. Was für die Ächtung des Atomkriegs moralisch gilt, was in Atomteststopp-Abkommen bereits anerkannt wurde, muß auch bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie sich niederschlagen: Sicherheit vor jeder Rentabilität. Erst ab hier kann Atomenergie gefahrlos genutzt werden.

12. Die Anlagen sollen Euch gegebenenfalls in die Lage versetzen, die nach den Ausschreitungen stark gefühlsbetonte Diskussion mit fundierten Argumenten zu führen.

Mit freundlichen Grüßen

Auf der Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier Hamburg vom 12. 12. 1977 wurde der folgende Antrag beschlossen:

„Die 10. Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier, Ortsverein Hamburg, protestiert gegen die am 10.11.1977 in Dortmund durchgeführte Demonstration und Kundgebung für den Bau von Atomkraftwerken.

Durch die teilnehmenden Vertreter und Vorstandsmitglieder des DGB und verschiedener Einzelgewerkschaften wurde ein eindeutiger Kurs für den Bau von Atomkraftwerken eingeschlagen. Unter der Parole ‚Atomkraftwerke schaffen und sichern Arbeitsplätze' wurde der Eindruck erweckt, als würden alle Mitglieder der DGB-Gewerkschaften diese Position einnehmen.

Wo ist die demokratische Legitimation für die überall verbreitete Meinung, lediglich eine Minderheit von Gewerkschaftsmitgliedern sei gegen den Bau von Atomkraftwerken? Wir protestieren dagegen, daß durch das Scheinargument ‚Atomkraftwerke schaffen Arbeitsplätze' alle bisher in der öffentlichen Debatte vor- und bisher nicht widerlegten Argumente gegen den Bau von Atomkraftwerken beiseite gewischt und als untergeordnete bzw. kurzfristig lösbar abgetan werden. Als beschämend sehen wir die Tatsache an, daß diese eindeutige Aussage für den Bau von Atomkraftwerken auf einer Kundgebung vorgenommen wurde, für die die interessierten Industrieunternehmen alle Kosten übernahmen bzw. Kollegen, die nicht daran teilnehmen wollten, Konsequenzen angedroht wurden!

Der Protest gegen die getroffene Aussage für den Bau von Atomkraftwerken begründet sich darauf, daß:

a) das Argument ‚AKW schaffen Arbeitsplätze' falsch ist! Von 1964-1974 hat sich der industrielle Stromverbrauch in der BRD nahezu verdoppelt. Gleichzeitig wurde eine Arbeitslosenzahl von ca. 1 Million Menschen erreicht. Der durch Subvention billig gehaltene Atomstrom wird v[illegible] den Unternehmen gerade dazu v[illegible]wendet, neue, stromintensive Technologien aufzubauen, die die menschliche Arbeitskraft ersetzen. Hierdurch werden langfristig Arbeitsplätze vernichtet.

b) Das Argument ‚ohne Atomstrom gehen die Lichter aus' falsch ist! Nach einer Arbeit von Werhard Ottó (ein bekannter Journalistenkollege in der Hamburger DruPa, Anm. der Red) erzeugen die HEW gegenwärtig rund 3.700 MW. Der Höchstverbrauch im Dezember (Winterspitze) beläuft sich auf ca. 2.000 MW. Die heute vorhandene Kapazität würde bei der von der HEW selbst angenommenen Zuwachsrate ausreichen, die erforderliche Stromleistung für das Jahr 1988 zu sichern. (nach rororo, Technologie und Politik, Reinbek 1976).

c) nach wie vor nicht ein einziges Sicherheitsrisiko beim Betrieb von AKW gelöst ist, weder die Abgabe radioaktiver Substanzen an die Umwelt beim ‚Normalbetrieb' geschweige die Risiken bei technischen Störunge[illegible] und Unfällen.

d) nicht ein einziges der Probleme bei der Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Substanzen gelöst ist und eine Lösung auch nicht absehbar ist. Auch der blumige Begriff von ‚Entsorgungsparks' kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ein Konzept für eine mehrere tausend Jahre dauernde Lagerung des radioaktiven ‚Mülls' nicht gibt. Somit ist auch die Bedingung der Ziffer 3 der Entschliessung zur Energiepolitik des Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier nicht erfüllt und der Bau von Atomkraftwerken abzulehnen."

ÖTV

BETRIEBSGRUPPE DEUTSCHE BIBLIOTHEK

Zeppelinallee 4 - 8
6000 Frankfurt/Main 1

24.11.1977

Die ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek solidarisiert sich mit dem Kampf der Bürgerinitiativen gegen die Planung, den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen.
Sie spricht sich grundsätzlich gegen Energieerzeugung dieser Art aus, da - wie wissenschaftlich erwiesen - die ökologische Gefährdung immer besteht. Denn aufgrund der langen Halbwertzeiten der radioaktiven Spaltprodukte und deren physikalisch-biologische Wirkungen lassen sich schädliche Einflüsse nicht vermeiden.
Sie wendet sich gegen die leider auch von der DGB-Führung aufgestellte Behauptung der Arbeitsplatzbeschaffung bzw. -sicherung durch KKWs, denn die Unternehmer werden durch Nutzung dieser neuen Energiequellen ihre Rationalisierungsmaßnahmen in bisher nicht gekanntem Ausmaße vorantreiben und somit eine vielfach höhere Zahl an Arbeitsplätzen in anderen Bereichen vernichten.
Zudem kann die Frage von Arbeitsplätzen niemals zu Lasten der Gesundheit und Existenz der Bevölkerung gehen.
Die ÖTV-Betriebsgruppe fordert gleichzeitig die Bundesregierung und die Gewerkschaften auf, die bereits von Wissenschaftlern entwickelten Methoden für die Gewinnung von Umweltfreundlichen Alternativenergien durch umfangreiche Forschungsprogramme zu fördern.

ÖTV-Betriebsgruppe
Deutsche Bibliothek

i.A. [redacted]

[redacted]

DGB - Ortskartell 23.11.77

Der Vorstand des DGB-Ortskartells Kelsterbach ist empört über das Verhalten des DGB-Bundesvorstandes, verschiedener Betriebsräte und der Vorsitzenden (Loderer, Klunker, Hauenschild, Sperner und Schmidt) der Einzelgewerkschaften anläßlich der Kundgebung in Dortmund am 10.11.77.

Die Gefahren, die durch den Bau von Atomkraftwerken entstehen, sollen an dieser Stelle nicht nochmal aufgezählt werden, da sie jedem Informierten bekannt sind und die Diskussion darüber noch geführt wird. Unsere Empörung resultiert aus folgenden Gründen:

1. Das wankelmütige und damit vertrauensunwürdige Verhalten des DGB-Bundesvorstandes. Man kann nicht im April 77 für einen befristeten Baustopp von KKW's eintreten und im November 77 diesen Beschluss aufheben.
2. Es ist unaufrichtig und falsch sich als Vert eter von Arbeitnehmern sich der Argumentation von KKW-Unternehmern anzuschließen, bzw. sich auf deren Seite zu stellen, indem man deren Argumentation übernimmt: viele Atomkraftwerke = viel Energie = Wirtschaftswachstum = sichere Arbeitsplätze = hoher Lebensstandard. Wobei doch deren einziges Ziel so darzustellen ist:
   viele Atomkraftwerke = viel Profit (siehe Aktienkurse nach der Kundgebung am 10.11.77)
   Atomkraftwerke bringen letztlich keine Vollbeschäftigung, sondern ein erhöherter Strombedarf dient der Rationalisierung, somit der Beseitigung von Arbeitsplätzen. Dies hat das Wirtschaftsministerium in Baden-Würtemberg in der 1. Teilerrichtungsgenehmigung für das AKW Wyhl klar ausgesagt.
   Weiterhin bestehen seit 1974 starke Überkapazitäten an Energie, d.h. es steht bedeutend mehr Strom zur Verfügung, als gebraucht wird. Trotzdem haben wir in der BRD einen Sockel von 1 Million Arbeitslosen.
3. Wie sehr diese Kundgebung von der Kraftwerkindustrie begrüßt wurde, sieht man daran, daß diese Unternehmen (z.B. RWE) für 5000 Demonstranten von RWE-Betrieben pro Kopf 20 DM Handgeld und Fahrtkosten bezahlte plus Freistellung von der Arbeit. Seit wann haben die Unternehmer etwas an die Arbeiter bzw. Gewerkschaften zu verschenken, es sei denn sie holen es doppelt und dreifach wieder aus ihrer Arbeitskraft heraus.

Aus diesen Gründen werden wir verstärkt versuchen innerhalb der Gewerkschaften und Öffentlichkeit die Diskussion über die Kernenergie weiterzuführen.

Der Vorstand

BESCHLUSS DER OTV-VERWALTUNGSJAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER DEUTSCHEN POSTGEWERKSCHAFT IN FRANKFURT AM 22.4.1978

Auf dem 12. Gewerkschaftskongress der DPG wurde beschlossen, daß sich der Hauptvorstand dafür einsetzt, Bau und Betreiben von Atomkraftwerken so lange zu untersagen, bis das technische Problem der Entsorgung sowie der atomaren Verseuchung der Umwelt gelöst ist. Die Diskussion darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen geführt werden.
Wie zu erwarten war, ist der DGB und seine Einzelgewerkschaften inzwischen in die Reihen der Kernkraftbefürworter eingerückt. Nach einer Kampagne zur Zeit des SPD-Parteitages in Hamburg gelang es der Atomlobby, massiv die Diskussion in der Öffentlichkeit zu beeinflussen (DGB-Kundgebung in Dortmund am 10.11.1977). Die berechtigte Sorge der Arbeiter und Angestellten um ihren Arbeitsplatz wird dazu benutzt, das Atomenergieprogramm durchzusetzen. Wir verwahren uns dagegen, daß gemeinsame finanzielle Mittel ohne Abstimmung mit den Einzelgewerkschaften und ihren Mitgliedern zu solchen Meinungsmanipulationen zweckentfremdet werden.
Vollbeschäftigung muß unser oberstes Ziel bleiben. Wir haben jedoch trotz Energieüberschusses in der Bundesrepublik eine Million Arbeitslose. Kernkraftwerke ohne gesicherte Entsorgung sind mit einem erheblichen Sicherheitsrisiko behaftet. Bei einem Verzicht auf Atomkraftwerke würden bei den Kernkraftunternehmen zwar Arbeitsplätze verloren gehen, diese würden jedoch beim Aufbau von anderen, alternativen Energieerzeugungsanlagen wieder geschaffen werden.

Der Hauptvorstand der DPG wird aufgefordert, im Sinne des Beschusses des 12. Gewerkschaftskongesses politisch tätig zu sein, über den DGB sicherzustellen, daß zu dieser für unsere Gesellschaft sehr wichtigen Überlebensfrage bei allen Einzelgewerkschaften eine Urabstimmung durchgeführt wird und den "Aktionskreis Leben - Gewerkschafter gegen Atom" zu unterstützen.

80

DGB-Kreisvorstand Tübingen

Kernenergie

Die Delegierten der 11. Ordentlichen Landesbezirkskonferenz mögen beschließen:

Der DGB-Bundesvorstand wird über den DGB-Landesbezirk aufgefordert, seine Haltung zur Kernenergie zu überprüfen.

Begründung:

Nach wie vor ist die Frage der sogenannten Entsorgung, also der Wiederverarbeitung oder Endlagerung des radioaktiven Abfalls in keiner Weise gelöst. Die französische Firma, die angeblich im Auftrag vorübergehend diese Aufgaben übernehmen sollte, ist wegen technischer Probleme seit Herbst 1976 stillgelegt. Das Projekt Gorleben ist mehr als fragwürdig.

Brennende Fragen nach der Sicherheit beim Betrieb der Kernkraftwerke, beim Transport der tonnenweise anfallenden hochgiftiger Abfallstoffe (Plutonium), bei der Wiederaufbereitung und der Endlagerung sind bis heute unbeantwortet geblieben.

Jeder neue „Unfall", jede Betriebspanne, die publik wird, bestärkt die Besorgnis und die Angst weiter Kreise der Bevölkerung, daß Fortschrittsglaube der Regierenden die mahnenden Stimmen von Fachleuten beiseite drängt und die Gefährdung von Leben und Gesundheit von Hunderttausenden durch unbeherrschte Nutzung der Atomenergie zunehmen wird.

Die berechtigte Sorge um Arbeitsplätze und das Eintreten für Vollbeschäftigung sollte Gewerkschaftler nicht dazu bringen, falsche Wege zu beschreiten und beim heutigen Wissensstand den weiteren Ausbau von Atomkraftwerken zu fordern.

Arbeitsplätze um den Preis der Gesundheit und Lebensgefährdung hunderttausender Menschen dürfen für uns keine Alternative sein.

Empfehlung der Antragskommission :

Annahme, zugleich Empfehlung als Antrag an den DGB-Bundeskongreß

81

Landesbezirksjugendausschuß

Kernenergie

Die Delegierten der 11. Ordentlichen Landesbezirkskonferenz mögen beschließen:

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden aufgefordert, ein grundsätzliches Überdenken der Energieerzeugung in die Wege zu leiten. Die Energiediskussion soll in Zukunft mit folgenden Intentionen geführt werden:

1. Energie einsparen
2. energiesparende Techniken entwickeln
3. umweltschonende Energieerzeugungsarten, wie Sonnenenergie, Wind, Energiegewinnung durch Müllaufbereitung usw. einzusetzen
4. heimische Energiequellen, wie Kohle u. a.

Die Stromerzeugung durch bestehende Kernkraftwerke ist zu stoppen. Dabei ist sicherzustellen, daß die betroffenen Beschäftigten einen gleichwertigen Arbeitsplatz erhalten. Bei im Bau befindlichen Kernkraftwerken ist die Arbeit einzustellen. Für alle geplanten Kernkraftwerke ist ein Baustopp zu erteilen.

Der momentan stattfindenden Spaltung zwischen Bürgerinitiativen und Gewerkschaften, die insbesondere von breiten Teilen der Presse geschützt wird, müssen wir durch unsere inhaltliche Diskussion über Kernenergie entgegenwirken, um so auch die Interessen der Lohnabhängigen innerhalb der Anti-KKW-Bewegung durchzusetzen.

Antrag 80 wurde angenommen
Antrag 81 als Material zu 80

Beschluß des GEW-Landesvorstandes Hamburg:

Auswirkungen auf Arbeitsplätze klären

1. Die GEW Hamburg fordert einen sofortigen Baustopp des Kernkraftwerkes Brokdorf und kritisiert auf das Schärfste den mit unverhältnismäßigen Mitteln erfolgten Polizeieinsatz zur Sicherung der Baustelle.

2. Entgegen den Behauptungen der Experten und Interessenvertreter der Kernindustrie sieht die GEW Hamburg die mit Kernkraftwerken verbundenen Sicherheitsfragen keineswegs als befriedigend gelöst.
Sie fordert daher die zuständigen Behörden zu einer Offenlegung aller die Sicherheit und Umweltbelastungen betreffenden Informationen auf und wendet sich gegen jeden KKW-Bau vor einer befriedigenden Lösung der Sicherheitsprobleme.

3. Die GEW Hamburg wiederspricht der oft vertretenen Auffassung von dem auf Kernkraftwerken erzeugten Strom als billiger Energie.
Sie fordert von den Genehmigungsbehörden die Erstellung einer alle Vor- und Folgekosten berücksichtigenden Kosten-Nutzen-Analyse (unter Einbeziehung der öffentlichen Mittel zur Förderung der kerntechnischen Entwicklung, der Folgekosten der Endlagerung radioaktiver Abfälle, der Sicherheitskosten usw.) vor Erteilung weiterer Baugenehmigungen.
Sie fordert weiter die Verlagerung der Entscheidungen über Kraftwerkbau und Standorte in die Parlamente.

4. Die GEW verweist auf die möglichen Folgen einer Energiebedarfssteigerung, die die kapitalintensiven, hochkonzentrierten »Wachstumsindustrien« überproportional fördert und damit Rationalisierungsinvestitionen großen Stils mit Folgen anhaltender »technologischer« struktureller Arbeitslosigkeit auslösen könnte.
Des weiteren verweist die GEW Hamburg auf die vermutlich mittelfristige Vernichtung von 2000 bis 3000 Arbeitsplätzen pro erstellter 1000-MW-Einheit im energiewirtschaftlichen Sektor (einschließlich vor- und nachgelagerten Industrien).

5. Zur Klärung dieser Zusammenhänge richtet die GEW Hamburg an den DGB-Landesbezirk Nordmark den Antrag, eine Arbeitskonferenz mit dem Thema »Kernkraftwerke: Auswirkungen der Energiepolitik auf die Entwicklung der Arbeitsplätze« durchzuführen.
(Dieser Beschluß des GEW-Landesvorstandes Hamburg lag der LVV am 15. Dezember 1976 als Antrag vor, konnte aber aus Zeitmangel nicht abgestimmt werden.)

"An die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe;
Mit Empörung haben wir von dem harten Polizeieinsatz durch die Landesregierung Schleswig Holstein gegen die Aktionen Eurer Initiative Kenntnis genommen.

Damit hat die Landesregierung massiv gegen den Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gegen Menschen bei der Wahrnehmung demokratischer Bürgerrechte verstoßen und die Menschenwürde mit Füßen getreten.

Durch den Einsatz von Hundestaffeln, berittener Polizei, Werkschutz, Chemical Mace, dreifacher Stacheldrahtverhau, Drahtgitterzaun, Wassergraben und Lichtanlage sollt Ihr daran gehindert werden, Euren Rechten und Forderungen, Nachdruck zu verleihen. Wenn die Landesregierung glaubt, Atomkraftwerke einfach über die Köpfe der davon Betroffenen hinweg planen und bauen zu können, lacht sie mit diesen Praktiken allen Bürgerrechten und demokratischen Verfahren Hohn.

Hand in Hand damit geht die Verunglimpfung aller derer, die sich wehren. Ob in Wyhl, Brokdorf oder bei Wahrnehmung von Grundrechten an anderer Stelle, immer mehr macht man sogenannte 'Chaoten' für die Proteste verantwortlich, um so von der Berechtigung der Bürgerproteste und den wirklich Schuldigen abzulenken.

Gerade wir auf dem Flughafen setzen uns täglich mit den Problemen der gesundheitlichen Schäden durch Umweltbelastungen auseinander und lehnen gerade deshalb die Schaffung bzw. die Erhaltung von Arbeitsplätzen um jeden Preis ab.

Mit solidarischen Grüßen für einen erfolgreichen Kampf.

ÖTV-Vertrauensleute-Leitung
Flughafen AG Frankfurt/Main "

Echo der Gewerkschaftstage

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
im Deutschen Gewerkschaftsbund

GEW Postfach 180 109 6000 Frankfurt/Main 18

Herrn
[redacted]

1000 Berlin 33

[redacted]
-Pressereferent-

6. Dezember 1977

Sehr geehrter [redacted],

die GEW hat auf ihrem diesjährigen Gewerkschaftstag vom 30. Oktober bis 3. November 1977 zur Frage der Kernenergie folgenden Antrag angenommen:

> "Die Bundesvertreterversammlung fordert den Bundesvorstand des DGB auf, seine Stellungnahme zu den Fragen der Kernenergie vom 5.4.1977 der Mitgliedschaft zur Diskussion zu unterbreiten und aufgrund dieser Diskussion zu überarbeiten."

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat der DGB-Bundesvorstand bereits am 8. November 1977 eine neue Entschließung zum Thema "Bau von Kernkraftwerken" abgegeben. Für den Fall, daß Ihnen diese Stellungnahme nicht vorliegt, schicke ich Ihnen in der Anlage eine Kopie mit.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Anlage

Büro
Unterlindau 58
6000 Frankfurt/Main

Telefon
72 64 54–56

Telex
4-129 89

Bankkonto 1 000 229 500
Bank für Gemeinwirtschaft
Niederlassung Frankfurt
(BLZ 500 101 11)

Anträge zum Elften Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

236 Bundesjugendkonferenz

Kerntechnische Anlagen

Wir fordern einen vorläufigen Baustopp für alle in der Planung und im Bau befindlichen Kernkraftwerke. Eine volle Nutzung der herkömmlichen Energiereserven, vor allem der Kohlereserven, ist anzugehen. (...)

Begründung: Bestimmte Kräfte aus Wirtschaft und Politik versuchen in der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie einen Keil zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen zu treiben. Dies geschieht vorwiegend mit dem demagogischen Anheizen der Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Doch ohne entsprechende Bedingungen beim Bau von kerntechnischen Anlagen werden keine Arbeitsplätze gesichert, sondern eher beseitigt. So sind durch die Rückstufung der Kohleproduktion in der Bundesrepublik allein 400 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. (...)

237 Landesbezirk Nordmark

Entschließung zur Kernenergie und zu Demonstrationen

1. Der Elfte Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier begrüßt die vom DGB-Bundesvorstand am 5. April 1977 verabschiedete Stellungnahme zum Problem »Kernenergie und Umweltschutz«. (...)

2. Der Gewerkschaftstag unterstreicht, daß das grundgesetzlich geschützte Recht auf Demonstration nicht angetastet werden darf. Verurteilt werden Aktionen, die durch gezielte und geplante Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen denjenigen Vorschub leisten, die schon immer eine liberale Gesetzgebung durch »law and order« ersetzen wollen.

238 Ortsverein Hamburg

Energiepolitik

Die Hauptversammlung des Ortsvereins Hamburg der Industriegewerkschaft Druck und Papier fordert den Gewerkschaftstag auf, sich eindeutig gegen die Energiepolitik der Bundesregierung zu wenden. Es ist unverantwortlich, riesige finanzielle Mittel in Kernkraftwerke oder Wiederaufbereitungsanlagen zu investieren, wenn heute schon die Gefahren und Schädigungen für die Umwelt ebenso sichtbar sind, wie es feststeht, daß die Kernenergie nur für eine sehr begrenzte Zeit ausgenutzt werden kann. Überdies macht Energie Arbeitsplätze überflüssig; Überkapazitäten zwingen sogar zu ständig neuen Rationalisierungen. (...)

239 Ortsverein Bergedorf

Energiepolitik

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bergedorf der Industriegewerkschaft Druck und Papier fordert den Gewerkschaftstag auf, sich eindeutig gegen die Energiepolitik der Bundesregierung zu wenden. (...)

240 Landesbezirk Berlin

Zur Energiepolitik

Der Elfte Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier solidarisiert sich mit dem Kampf der Bürgerinitiativen gegen die Planung und den Bau von Kernkraftwerken sowie Wiederaufbereitungsanlagen, für deren Sicherung nicht ausreichend garantiert werden kann. Die Frage von neuen Arbeitsplätzen

kann nicht zu Lasten der Gesundheit und Existenz der Bevölkerung gehen.

241 Landesbezirk Bayern

Bauverbot von Kernkraftwerken

Der Hauptvorstand möge sich beim Gesetzgeber und beim DGB für ein Bauverbot von Kernkraftwerken einsetzen.

Begründung: Eine Forschung, die noch nicht auf allen Gebieten zu Ende geführt ist, kann man nicht, wie es heute praktiziert wird, anwenden. Das Argument der Arbeitsplatzerhaltung sollte außerdem nicht dazu dienen, die Interessen des Kapitals zu vertreten, die sich, wie schon so oft, die Forschung durch Allgemeinmittel finanzieren läßt, um privaten Nutzen daraus zu schlagen. Die Verteuerung der Betriebsstoffe und der Investitionsaufwand lassen den Preis für Strom aus Atomenergie immer höher steigen. Strom aus Atomenergie soll laut Bundeswirtschaftsministerium bis 1981 um zwei Pfennig pro Kilowattstunde teurer sein als Strom aus Braunkohle.

Beschluss:

entschließung zur energiepolitik

Eine vollbeschäftigungsorientierte wachstumspolitik erfordert ein ausreichendes energieangebot. Wir erwarten deshalb eine zukunftsorientierte energiepolitik, die sich an folgenden gesichtspunkten orientiert:

1. Beim energieverbrauch muß verstärkt nach einsparmöglichkeiten gesucht werden. Dies gilt besonders für verluste bei der umwandlung und beim endverbrauch, wobei derzeit zwei drittel des gesamten energieeinsatzes verlorengehen.

2. Der einsatz heimischer steinkohle und anderer herkömmlicher energiereserven zur deckung des energiebedarfs muß im rahmen des möglichen ausgeweitet werden. Dabei sind umweltfreundliche kohlekraftwerke zu fordern.

3. Aufgrund der begrenzten menge bisher erschlossener energieträger wie kohle, erdöl oder uran, ist die forschung und entwicklung anderer energiequellen, wie die sonnenenergie oder die nutzung der erdwärme, verstärkt voranzutreiben. Sollte sich herausstellen, daß auf kernenergie nicht verzichtet werden kann, so knüpfen wir an den bau von kerntechnischen anlagen folgende bedingungen:

1. Bei standortplanung sind die interessen aller von der planung betroffenen gründlich zu berücksichtigen.

2. Es darf keine gefährdung der sicherheit der beschäftigten und der bevölkerung sowie der natürlichen umwelt durch den betrieb eines kernkraftwerkes entstehen.

3. Baugenehmigungen für im planungsstadium befindliche kernkraftwerke dürfen nur erteilt werden und die arbeiten an denen, die zur zeit gebaut werden, dürfen nur fortgesetzt werden, wenn die entsorgungsfrage in ausreichendem maße geklärt ist.

4. Entsprechend der zielsetzung im DGB-grundsatzprogramm sind die bereiche der energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung in gemeineigentum zu überführen. Dies gilt insbesondere für die atomkraft.

5. Solange der inhalt der ziffer 4. nicht realisiert ist, muß die demokratische kontrolle und mitbestimmung unter beteiligung der gewerkschaften bei plan, beim bau und beim betrieb jeglicher kerntechnischer anlage gewährleistet sein.

6. Der gewerkschaftstag unterstreicht, daß das grundgesetzlich geschützte recht auf demonstration nicht angetastet werden darf. Verurteilt werden aktionen, die durch gezielte und geplante gewaltanwendung gegen personen und sachen denjenigen vorschub leisten, die schon immer eine liberale gesetzgebung durch „law and order" ersetzen wollen.

12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf vom 18. bis 24. September 1977

In der Diskussion um die Frage der Atomenergie zum Gewerkschaftstag der IG Metall im Septenber 1977 brachten die Befürworter der Atomenergie mit ihren Anträgen im Wesentlichen folgende Argumentationen ein:

Antrag 125:

"(...) Die in der IG Metall organisierten Arbeitnehmer sind nicht bereit, auf den von ihnen schwer erarbeiteten Lebensstandard zu verzichten und Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Sie verurteilen das verantwortungslose Handeln und Verhalten von sogenannten Bürgerinitiativen, die zum Ziel haben, den weiteren Ausbau von elektrischer Energie mit allen Mitteln zu verhindern, und damit durch Reduzierung eines notwendigen wirtschaftlichen Wachstums Arbeitsplätze gefährden. (...)"

Antrag 133:

"Der Gewerkschaftstag stellt fest:

Die Zusammenhänge zwischen dem Zuwachs des Energiebedarfs, dem Wirtschaftswachstum und der Beschäftigungslage sind bekannt.

Nicht rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung gestellte Energie kann zu tiefgreifenden wirtschaftlichen Folgen und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. (...)"

Dem wurde entgegengehalten:

Antrag 124

"(...) Bisher ist die Frage nicht beantwortet, ob die Errichtung von Kernkraftwerken entweder mehr Arbeitsplätze schafft oder zumindest die Vernichtung von Arbeitsplätzen verhindert. (...) Im übrigen ist bisher durch nichts bewiesen, daß ein unmittelbarer Zusammenhang besteht zwischen wachsendem Energieverbrauch und der Gesamtzahl der Arbeitsplätze. (...)"

Antrag 126:

"Die gegenwärtige Lage - krisenhaftes Wirtschaftswachstum und strukturelle Arbeitslosigkeit - und die für die Zukunft zu erwartenden steigenden Schwierigkeiten in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Rohstoff- und Energieversorgung zeigen, daß die Fortschreibung wirtschaftlicher Erfahrungen der Vergangenheit nicht mehr weiterführt und machen die Erfüllung folgender Forderungen notwendig, um Grundlagen für politische Entscheidungen zu gewinnen. (...)

1. Durch Systemanalysen ist festzustellen, welche echten strukturellen Zusammenhänge bestehen zwischen:
   -- Arbeitsplätzen
   -- Wirtschaftswachstum
   -- Energiebedarf und Energiekosten
   -- Produktionssteigerung (Rationalisierung)
   -- Relation von Inlands- zu Auslandsmarkt (...)"

Folgende Anforderungen wurden in Bezug auf die Reaktorsicherheit formuliert:

Antrag 129:

"Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Bundesregierung aufzufordern, nur dann dem Bau weiterer Kernkraftwerke zuzustimmen, wenn

1. alle durch den Betrieb dieser Anlagen möglichen Gefahren in ihrer gesamten Auswirkung bekannt und voll wirksame Schutzmaßnahmen gesetzlich beschlossen sind,
2. die Entsorgung im weitesten Sinne für die jetzige und alle weiteren Generationen gefahrlos gelöst ist,
3. alle Möglichkeiten zur Gewinnung von umweltfreundlichen Ersatzenergien ausgeschöpft sind."

Antrag 124:

"(...) Aus den oben genannten Gründen sind die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall der Auffassung, daß der Weiter- oder Neubau von Kernkraftwerken in der derzeitigen Situation nicht zu verantworten ist.

Vor allem die oben genannten Probleme der Sicherheit und Umweltzerstörung sind in ihrem Ausmaß so schwerwiegend, daß sie unter den derzeit gegebenen Bedingungen die Herstellung von Kernenergie verbieten. (...)"

Darüberhinaus wurde vor allem eine breite Diskussion in den Gewerkschaften über die Frage der Atomenergie verlangt:

Antrag 126:

"(...) Gewerkschaftliche oder politische Repräsentanten in Entscheidungsgremien öffentlicher oder privater Unternehmen, z.B.:

-- Vorstände
-- Aufsichtsräte

sollen verstärkt der Pflicht zur Information ihrer Basis und der Kontrolle durch die Basis unterliegen. (...)"

Antrag 132:

"(...) Weiterhin soll der Vorstand darauf hinwirken, daß die Problematik Kernenergie in allen Funktionärsversammlungen diskutiert wird, um ein Meinungsbild der Mitglieder zu erhalten."

Es haben insgesamt 11 Anträge vorgelegen, von denen sich 2 für, 4 unter den heutigen Bedingungen gegen Atomkraftwerke aussprachen und 5 die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen verlangt haben.

In der Diskussion auf dem Gewerkschaftstag selber ist die Argumentation für Atomkraftwerke beispielhaft vom Kollegen Klaus Teske, Berlin, vorgetragen worden:

"(...) Kein Arbeitnehmer ist bereit, zu verzichten oder Einschränkungen in Kauf zu nehmen - und das mit Recht. Wir verlangen für unser einziges Kapital, unsere Arbeitskraft, Sicherheit.

Um diese Sicherheit zu gewährleisten und das zu verbessern, was der Arbeitnehmer allgemein unter "Lebensstandard" und "Lebensqualität" versteht, sind unabdingbare Voraussetzungen notwendig. Absolute Priorität hat das Ziel Vollbeschäftigung. Als Konsequenz ist ein weiteres Wachstum unserer Wirtschaft Voraussetzung. Ein Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum ist deshalb

unakzeptabel, denn es führt zur Dauerarbeitslosigkeit.

Ohne die Vorschaltung von elektrischer Energie ist wirtschaftliches Wachstum nicht möglich. Deshalb ist der weitere Ausbau unserer Energieversorgungsanlagen für die wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar. Der steigende Bedarf an elektrischer Energie kann jedoch nicht allein durch unseren wertvollsten Energieträger, die einheimische Kohle, durch Gas oder durch das teure und immer knapper werdende Öl gedeckt werden. Hierzu hat sich auch ganz eindeutig und unmißverständlich der Vorsitzende der Gewerkschaft IG Bergbau und Energie, der Kollege Schmidt, geäußert.

Es ist notwendig, für den verbleibenden Rest an ungedeckter Energie auch das Uran, das zu nichts anderem zu benutzen ist, als Energieträger einzusetzen. (...)"

Dieser Argumentation trat der Kollege Konrad Dietrich, Nürnberg, entgegen:

"(...) Verständlich ist die Sorge der in der Atomindustrie Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze. Doch haben wir nicht nur hier Überkapazitäten. Auch in der Bau-, Stahl-, Uhren-, Textil-, Schiffbauindustrie und anderswo mußten Arbeitsplätze abgebaut werden, weil diese Industrien in einer schweren Strukturkrise stehen.

Auch die gesamte Kraftwerkindustrie, Kohle- und Atomkraftwerke, steckt in einer solchen Strukturkrise. Doch nicht, weil fanatische Umweltschützer durch Einschaltung der Gerichte einige Bauvorhaben blockieren, sondern weil, wie sich inzwischen herausgestellt hat, das ganze Gerede vom "Ausgehen der Lichter" eine einzige Lüge war.

Der Betrieb, aus dem ich komme, baut selbst herkömmliche Kraftwerke. Es ist bekannt, daß die Kapazitäten der vorhandenen Kraftwerke teilausgelastet sind und neu in Betrieb genommene eingemottet werden müssen, weil Strom im Überfluß vorhanden ist. Allein die Industrie muß Energie ausreichend für 21.000 MW Stromleistung ungenützt stehen lassen, weil dieselben von den Energieversorgungsmonopolisten, die das Leitungsnetz beherrschen, nicht abgenommen werden.

Erst an diesen Tagen mußte ein umweltfreundliches Wasserkraftwerk bei Hannover verschrottet werden, weil die Energiebosse den Strom nicht abgenommen haben.

(...) die Industrie handelt hier einzig und allein aus Gründen des Profits und Zwängen des Systems und fragt nicht danach, wie lange unsere Rohstoffe noch reichen und ob unsere Kinder im Alter noch in der Lage sein werden, ein lebenswertes Dasein zu fristen. (...)"

Zur Frage der Sicherheit meinte der Kollege Paul Ruppert aus Nürnberg:

"(...) ich meine, daß nicht nur viele Deligierte, sondern daß auch die Antragsberatungskommission und die Mitglieder des Vorstandes in dieser Frage mehr gefühlsmäßig und unter dem Druck ganz bestimmter Richtungen sich so entscheiden, weil die Fragen der Probleme, die hinter dieser Kernenergie stehen, einfach noch nicht gelöst sind. Wenn also die Frage der Notwendigkeit und die Frage der Sicherheit so ungeklärt sind, wie sich das zur Zeit darstellt, dann kann man von uns aus nicht in der in Entschließung 8 dargestellten Form ein grundsätzliches Ja geben. (...)"

Helmut Ziethoff, Mühlheim, wies auf die "Experten" hin:

"(...) Ich meine, wenn hier gesagt wird, einige von uns sähen sich möglicherweise als Sprecher der Kapitalseite, und es wäre Unsinn zu sagen, unsere Technologie ginge vor die Hunde, dann sollten wir einmal Experten fragen. Wir haben in der Bundesrepublik Tausende von Kernphysikern, alles Experten. Ich bin kein Experte, ich sehe nur die Realität im Betrieb (...)"

Hierzu die Kollegin Irmtraud Seidel, Aschaffenburg:

"(...) In der Diskussion wird immer wieder angeführt, daß die Meinungen der Wissenschaftler in der Kernkraftfrage auseinandergehen. Vergeßt nicht, daß die wissenschaftlichen Befürworter größtenteils Spezialisten sind, die bei hoher Dotierung selbst für die Kernkraftindustrie arbeiten. (...)"

Noch einmal der Kollege Ziethoff aus Mühlheim:

"(...) Ich bin auch dagegen, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, als würden sich unsere Kollegen im Gesamtbetriebsrat, im Betriebsrat oder in der Jugendvertretung vor den Karren der Unternehmer spannen lassen, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, allen jenen Diskussionsrednern, die für den Stop der Kernenergie sind, würde ich einmal empfehlen, die Gelegenheit zu nutzen, an einer Belegschaftsversammlung der KWU teilzunehmen. (...)"

Der Kollege Manfred Hartmann aus Offenbach, der in einer persönlichen Erklärung ausdrücklich feststellte, daß er bereits an mehreren Betriebsversammlungen der KWU/Offenbach teilgenommen hat, zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern:

"(...) Kolleginnen und Kollegen, wenn man die ganze Diskussion der letzten Monate verfolgt, dann kommt einem das so vor, als ob es offensichtlich wirtschaftlichen Interessen gelungen ist, verstärkt die Gewerkschaften und ihre Repräsentanten vor ihre eigenen Interessen zu spannen. (Beifall)

Es muß erlaubt sein, an dieser Stelle einmal zu fragen: Wer bezahlt eigentlich die großen Annoncen, wo Gesamtbetriebsratsvorsitzende dem Bundeskanzler 30.000 Unterschriften für die Kernenergie überreichen? Wer bezahlt eigentlich die Telegramme, die die Gesamtjugendvertretungen an die Jugendkonferenz nach Augsburg schicken, ohne daß die Gesamtjugendvertretungen bezahlt haben und dort die Delegierten auffordern, gegen den Antrag 124, der dort vorgelegt worden ist, zu stimmen? (...)"

Zur Frage Atomenergie und Arbeitsplätze führte der Kollege Ruppert aus Nürnberg aus:

"(...) Kolleginnen und Kollegen!

Die Industriegewerkschaft Metall hat in der Frage der Rüstung ihre Position klargemacht. Wir wehren uns dagegen, wenn im Bereich der Rüstungsausweitung die Frage der Arbeitsplätze in den Vordergrund gedrängt wird, und ich meine, wir sollten auch in der Frage der Energiepolitik diese Position wie in der Frage der Kernenergie vertreten. (...)"

Ebenfalls zu diesem Problem führte der Kollege Alfred Kolse aus Hannover aus:

"(...) Wir müssen bei all dem aber immer wieder fordern, daß für uns nur Vollbeschäftigung eine reale Basis für unsere Existenz sein kann. Wir dürfen uns nicht fangen lassen, daß wir beispielsweise die Rüstungsindustrie und die noch nicht gebändigte Atomenergie unterstützen müssen, um Vollbeschäftigung zu haben. Dieser Zusammenhang muß nicht so bestehen! (...)"

In der gesamten Diskussion um diesen Punkt sind auf dem Gewerkschaftstag fünf Kollegen für und acht Kolleginnen und Kollegen gegen den weiteren Ausbau der Atomenergie aufgetreten.

Bei der Abstimmung über die Entschließung 8 haben etwa 20 bis 25 Prozent der Delegierten dagegen gestimmt. Die entscheidenden Aussagen dieser Entschließung sind:

(...)

Angesichts der unbestreitbaren technischen und zeitlichen Probleme für den Einsatz wettbewerbsfähiger energiesparender Technologien und für die Entwicklung alternativer umweltfreundlicher Energieträger, die allenfalls langfristig größere Bedeutung erlangen können, ist ein genereller Verzicht auf die Verwertung der Kernenergie gegenwärtig nicht möglich.

Angesichts der vielfältigen verbleibenden Probleme bei der Anwendung der Kernenergie ist umgekehrt auch die undifferenzierte Forderung nach dem bedingungslosen Ausbau eines Systems von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik nicht zu rechtfertigen.

4. Die Anwendung der Kernenergie muß innerhalb gewisser Grenzen an ökonomische und politische Zusatzbedingungen geknüpft werden:

Die Forderung nach dem unumgänglichen Ausbau der atomaren Energiequellen muß unter den gegenwärtigen Bedingungen verbunden sein mit der Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Einsparung und zur sparsamen Verwendung von Energie im allgemeinen. (...)

Gleichzeitig sind die Bemühungen zur Entwicklung und Weiterentwicklung nichtnuklearer Energiequellen erheblich zu verstärken. (...)

Der unumgängliche Ausbau von atomaren Energiequellen muß verbunden werden mit erhöhten Anstrengungen im sicherheitstechnischen Bereich. Dazu zählen neben der Eingrenzung der Risiken aus dem Betrieb von Kernkraftwerken mittels einer fachlich und rechtlich tragfähigen Risikofestlegung insbesondere intensive Maßnahmen zur Lösung des Entsorgungsproblems, d. h. der Beseitigung der hoch radioaktiven Rückstände aus dem Brennstoffkreislauf, der Stillegung und dem Ausbau ausgedienter Kernkraftwerke. (...)

Es muß ein Verfahren gefunden werden können, das die Betroffenen rechtzeitig und ausreichend an der Planung beteiligt, ohne durch die unzumutbare Berücksichtigung von Einzelinteressen Entscheidungen überhaupt zu verhindern. (...)

5. Der weitere Ausbau unserer Energieversorgungsanlagen ist für die wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar. Auf absehbare Zeit wird auch die Deckung eines Teils des wachsenden Energiebedarfs durch Kernenergie unvermeidbar sein. (...)

ANTRÄGE AN DEN 12. GEWERKSCHAFTSKONGRESS DER DEUTSCHEN POSTGEWERKSCHAFT 9. bis 15. 10. 1977

Hannover/Braunschweig **20**

Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Einstellung des Baues von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen zu fordern, solange die Fragen der Sicherheit des Betriebes dieser Werke, der Umweltbelastung sowie der Lagerung der atomaren Abfälle nicht vollständig geklärt sind.

Begründung: (...)

Die radioaktiven Abgase können auch im Normalbetrieb verheerende Folgen in Form von Krebs- und Erbschäden haben, von

Unfällen zu schweigen. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesinnenministers kam zu dem Ergebnis, daß bei einem größten Unfall einer Wiederaufbereitungsanlage in 100 km Entfernung noch eine ca. 100fach tödliche Strahlenbelastung zu erwarten und mit bis zu 30 Millionen Toten zu rechnen ist. Das Problem der Wiederaufbereitungsanlagen ist noch völlig ungelöst. In der westlichen Welt sind bisher 35 Unfälle in Atomkraftwerken mit insgesamt 16 Soforttoten bekanntgeworden. Die Dunkelziffer ist unbekannt. (...)

Das Hauptargument, mit dem die Kernkraft-Industrie die Öffentlichkeit auf ihre Seite ziehen will, ist die Angst um die Arbeitsplätze: „1980 gehen die Lichter aus", die Industrie erhält keinen Strom und deshalb müssen Arbeitskräfte entlassen werden.

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik liegen Kohlevorräte, die laut UNO-Studie mindestens 400 Jahre unseren Energiebedarf decken. In dieser Zeit ist es uns möglich, die bessere Ausnutzung der Energie und Nutzung anderer Energiequellen zu entwickeln. (...)

Bundes-Jugendkonferenz **21**

Der Kongreß lehnt den weiteren Betrieb und Bau von Atomenergieanlagen ab, da wesentliche Fragen der Reaktorsicherheit, der Atommüllentsorgung und der Wirtschaftlichkeit ungeklärt sind. Sie fordert die massive Unterstützung der Erforschung alternativer Energiequellen.

Die jüngsten Vorfälle und Veröffentlichungen über die Sicherheit von Kernkraftwerken

(...)

zeigen sehr deutlich, welche Bedrohung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung durch die Nutzung der Kernenergie besteht. Weiterhin lehnen wir den Verkauf von KKW und Aufbereitungsanlagen an andere Länder ab, um nicht die damit verbundenen Gefahren in andere Länder zu exportieren.

Der Hauptvorstand wird außerdem aufgefordert, zusammen mit dem DGB Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu organisieren.

Begründung:

(...)

Kernkraftwerke erzeugen sog. Atommüll. Dieser Atommüll wird z. T. wieder aufbereitet, der andere Teil wird deponiert. Die Frage der Entsorgung von Atomkraftwerken ist völlig ungeklärt, trotzdem werden immer neue gebaut. Atommüll muß Zehntausende von Jahren unter strenger Kontrolle und Bewachung bleiben. Niemand kann voraussagen, was in wenigen Jahren sein wird, geschweige denn in Tausenden von Jahren. Diese „Planung" läuft nach dem Motto „NACH UNS DIE SINTFLUT". (...)

Falsch ist auch das Argument, der Bau von Kernkraftwerken schaffe neue Arbeitsplätze. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß ein Kernkraftwerk im Betrieb weniger Arbeitsplätze bietet als ein personalintensives Kohlekraftwerk. (...)

Solche Zuwachsraten würden zu einem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen der Industrie führen. Angesichts einer so hochtechnisierten und industrialisierten Gesellschaft wie die der BRD ist es darüber hinaus überhaupt nicht einzusehen, warum sich der Energieverbrauch alle 10 Jahre verdoppeln soll.

Es ist erforderlich, alles zu tun um andere Energiequellen zu erschließen.

(...) Die Atomenergie ist der Großindustrie liebstes Kind (neben der Rüstung). Fast alle großen Konzerne gehören entweder offen oder verschlüsselt über Beteiligungen und Tochtergesellschaften der Atomlobby an.

Regensburg **23**

Entschließung:

Die Delegierten des Kongresses der DPG lehnen den weiteren Betrieb und Bau von Atomenergieanlagen in der BRD ab. Sie fordern die ebenso massive Unterstützung alternativer Forschungsvorhaben zur Sicherung des Energiebedarfs wie auch zum Schutz des menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens.

Begründung: (...)

Wesentliche Erkenntnisse und Probleme wurden in den bisher gefaßten Beschlüssen nicht berücksichtigt:

– widersprüchliche Gutachten über den kommenden Energieverbrauch: in der Öffentlichkeit wird von 10prozentigen Steigerungsraten gesprochen – intern wird von 3prozentigen Steigerungsraten ausgegangen;

– mangelnde Sicherheit der Atomenergieanlagen: das geheime Gutachten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit läßt Unfälle in Kernkraftwerken als absolut im Bereich des Möglichen erscheinen und spricht von ungeheuren Folgewirkungen; (...)

Der Bau von Atomenergieanlagen sichert kurzfristig bis etwa 1985 25 000 Arbeitsplätze in der Metall- und Bauindustrie. Bis dahin haben die am Geschäft interessierten Konzerne (u. a. Siemens) die Erprobungsphase für das internationale Geschäft überwunden (s. Lieferung von KKW an Brasilien). Durch den Verkauf von Atomenergieanlagen wird der größere Gewinn erzielt als durch den Betrieb in der BRD.

– Die ungeklärte Problematik des Betriebes von Atomenergieanlagen: Die BRD ist hier ebenso von der Zufuhr von Kernbrennstoffen abhängig wie beim Öl. (...)

– Das ungelöste Problem der Entsorgung. (...)

– Der absichtliche Abbau von Sekundärenergie im industriellen Bereich: In der BRD wurden seit 1970 ca. 15 Milliarden Kilowatt abgebaut, die bei der Verwendung von Hitze usw. in industriellen Anlagen entstehen (s. Spiegelartikel). (...)

– Die nicht erforschten Alternativen: die Windenergie könnte ca. 20 Prozent des Energiebedarfs decken; die Sonnenenergie könnte

etwa 40 Prozent des Energiebedarfs decken; in der Entwicklung dieser Techniken sind für Wirtschaft und Industrie gleichviel Gewinnmöglichkeiten gegeben.

– Die absolute Fortschrittsgläubigkeit entsprechend den jeweiligen Statistiken: Die veröffentlichten Statistiken sprechen von einem jährlichen Zuwachs des Energiebedarfs von 10 Prozent. Der Unsinn solcher Steigerungsraten wird ersichtlich aus der Vergangenheit, dort war keine lineare Steigerung festzustellen, und aus der Zukunft, da sich so der Energiebedarf ins Ungeheure (kaum Vorstellbare) entwickeln würde. Im übrigen steigt der Energiebedarf zur Zeit mit fortschreitender Rationalisierung an; auch von daher ist Arbeitsplatzsicherheit nicht gegeben.

Der Bau von Atomenergieanlagen kann daher zur Zeit nur als Sicherung immenser Gewinne durch die Wirtschaft beurteilt werden, wobei die Sorge um ca. 25 000 Arbeitsplätze dazu dient, von den wahren Beweggründen und den Schwierigkeiten für die Zukunft abzulenken.

Kiel **24**

Entschließung

zum Thema „Kernenergie und Umweltschutz"

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand bringt der Einsatz von Kernenergie technische, politische und soziale Risiken mit sich. Deshalb ist ein überhasteter Ausbau der Kernkraftwerke und eine undifferenzierte Forderung nach Kernenergie nicht zu rechtfertigen.

Die Diskussion darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und schon gar nicht im kurzsichtigen Interesse der Industrie geführt werden, die die Verzinsung ihres schon investierten Kapitals gefährdet sieht. Hier stehen höherwertige Güter auf dem Spiel: Leben, Gesundheit und Lebensbedingungen auch späterer Generationen. (...)

Um eine Deckung des zukünftigen Energiebedarfs zu gewährleisten und die Diskussion zu versachlichen, sollte Energiepolitik von folgenden Grundsätzen und Prioritäten getragen werden:

1. Energiepolitik dient nicht der Gewinnerzielung, sondern muß der Gemeinschaft nutzen und von ihr getragen werden.

2. Die Erforschung und Weiterentwicklung neuer Energiequellen (Sonnenenergie, Windenergie, Erdwärme) sind vorrangig zu fördern. Die heimischen Energiequellen sind mehr als bisher für die Energiegewinnung zu nutzen. (...)

Bremen **25**

Bund und Länder sind aufzufordern, Baugenehmigungen für Atomenergieanlagen erst dann zu erteilen, wenn die Probleme der Reaktorsicherheit, der Wiederaufbereitung des spaltbaren Materials und der Atommüllagerung zufriedenstellend geklärt sind. Die Inbetriebnahme in Bau befindlicher Anlagen ist nur unter den gleichen Voraussetzungen zu genehmigen.

Angenommen :

22

Der Hauptvorstand der DPG hat sich in Verbindung mit dem DGB bei Bundesregierung und Bundesrat dafür einzusetzen, Bau und Betreiben von Atomkraftwerken so lange zu untersagen, bis das technische Problem der Entsorgung sowie der atomaren Verseuchung der Umwelt so gelöst ist, daß keine Gefahren für das Leben der jetzigen und späteren Generationen bestehen.

Die Energieversorgungslücke ist zum Beispiel durch herkömmliche Gewinnungsarten wie zum Beispiel durch Nutzung von Sonnen-, Meeres- und Windenergie zu schließen.

Die Diskussion darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und schon gar nicht im kurzsichtigen Interesse der Industrie geführt werden, die die Verzinsung ihres schon investierten Kapitals gefährdet sieht. Hier stehen höherwertige Güter auf dem Spiel: Leben, Gesundheit und Lebensbedingungen auch späterer Generationen. Andererseits ist abzusehen, daß wichtige Energiereserven wie Erdöl und Erdgas nur noch für einige Jahrzehnte ausreichen oder nur noch mit nicht vertretbarem Aufwand gefunden und gefördert werden können. Außerdem ist die Bereitstellung ausreichender Energie zu akzeptablen Kosten Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit einer Industriegesellschaft, für Wirtschaftswachstum und Sicherung der Vollbeschäftigung, die unter den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen einen hohen Stellenwert hat. Deshalb muß zur Lösung des Energiebedarfsproblems ein Kompromiß gefunden werden, der von allen gesellschaftlich bedeutenden Kräften getragen, verantwortet und unterstützt werden muß. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die BRD außer Kohle nicht über nennenswerte Energiereserven verfügt.

Um eine Deckung des zukünftigen Energiebedarfs zu gewährleisten und die Diskussion zu versachlichen, sollte Energiepolitik von folgenden Grundsätzen und Prioritäten getragen werden:

1. Energiepolitik dient nicht der Gewinnerzielung, sondern muß der Gemeinschaft nutzen und von ihr getragen werden.

2. Die Erforschung und Weiterentwicklung neuer Energiequellen (Sonnenenergie, Windenergie, Erdwärme) sind vorrangig zu fördern. Die heimischen Energiequellen sind mehr als bisher für die Energiegewinnung zu nutzen.

3. Die vorhandenen Energiereserven sind so sparsam wie möglich einzusetzen, und alle Sparmöglichkeiten sind zu untersuchen und entsprechend dem Erfolg anzuwenden. Sparmöglichkeiten wären z. B.: Bessere Wärmeisolierung bei Neu- und Altbauten, Reduzierung von Straßenbeleuchtung und Lichtreklame, Verlagerung des Individualverkehrs zum öffentlichen Verkehr und Verkehrsbeschränkungen (Geschwindigkeit und/oder zeitlich).

4. Für die Kernenergie sind die Kosten für Reparatur und Wartung der Kraftwerke sowie für Entsorgung und Wiederaufbereitung der Brennelemente und des Reaktorbruches zu berechnen, um sie mit den Erkenntnissen über die Kosten anderer Energieträger vergleichen zu können.

5. Die beschäftigungspolitischen Auswirkungen des Energieeinsatzes im allgemeinen und verschiedener Energieträger sind zu untersuchen.

Der Hauptvorstand wird des weiteren aufgefordert, sich zusammen mit dem DGB dafür einzusetzen, daß der Bevölkerung das Energieproblem sachlich dargestellt wird, um eine möglichst emotionslose Diskussion darüber führen zu können.

Dazu gehören u. a.:

Energieeinsparungsmöglichkeiten,

die Frage der zweiten Reaktorengeneration (Schnelle Brüter),

die Gefahr des Atomstaates.

AUFRUF FÜR EINEN AKTIONSKREIS LEBEN

Die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie ist für große Teile des gewerkschaftlichen Apparats im Verein mit der sozialliberalen Koalition und der Atomlobby der Konzerne die Zauberformel für die „Sicherung der Arbeitsplätze". „Atomenergie sichert Arbeitsplätze" ist zum Hauptargument gegen die breiteste Volksbewegung geworden, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat und die gemeinsam mit zahlreichen Gegnern der Atomenergie in aller Welt gegen das Risiko der Atomwirtschaft Widerstand leistet. Gegen ein Risiko, das nicht nur vom Stand der Wissenschaft und Technik unkalkulierbar ist, sondern bereits auf Grund der Tatsache, daß optimale Sicherheitsvorkehrungen mit den Profitinteressen der Atomindustrie unvereinbar sind.
Zahlreiche Wissenschafter und Ärzte haben immer wieder auf die Gefahren hingewiesen die von der Atomindustrie ausgehen sowohl für die Bevölkerung und unsere Umwelt, als auch für die in laufenden Atomanlagen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

* *Angesichts der Tatsache, daß die Atomprogramme bei uns und anderswo vielfach noch am Anfang ihrer Verwirklichung stehen, ist die Zahl der bekannt gewordenen Störfälle, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Beinahe-Katastrophen bereits beträchtlich.*
* *Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche technische Einzelheiten von Atomanlagen noch nicht ausgereift sind, funktionstüchtige Wiederaufbereitungsanlagen fehlen und die sogenannte Endlagerung hochradioaktiver Abfälle noch keines wegs gelöst ist, bzw. kommende Generationen mit unermeßlichen Aufwendungen und Gefahren belasten würde, ist jede großtechnische Atomenergiegewinnung nicht nur leichtfertig, sondern unverantwortlich.*
* *Angesichts der Tatsache, daß selbst Gerichte im Fall des ersten, im Bau befindlichen Plutoniumbrüters bei Kalkar von Gefahren nationalen Ausmaßes sprechen (und dabei vergessen, daß Radioaktivität keine Grenzen kennt); daß erst durch eine illegale Aktion von Atomkraftgegnern Teile von geheimen Katastrophenplänen an das Licht der Öffentlichkeit gekommen sind, die beweisen, wie grob fahrlässig Regierung, Behörden und Betreiber mit dem Leben der Bevölkerung spielen;*
* *Angesichts der Tatsache daß mit fieberhafter Eile astronomische Summen im Namen des Fortschritts, der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und der Vollbeschäftigung in die Atomtechnologie investiert werden, und dabei extrem erhöhte Schadensgefahren in Kauf genommen werden, ist der Widerstand jedes denkenden Menschen Pflicht.*
* *Angesichts der Tatsache, daß die anlaufende Exportoffensive der deutschen Atomindustrie die internationale Weiterverbreitung von Atomwaffen und damit die wachsende Gefahr eines Atomkriegs heraufbeschwört, können wir nicht warten, bis die Katastrophe da ist.*

Die Tatsache, daß Regierung und Konzerne das Atomprogramm gegen den offenen Widerstand breiter Schichten der Bevölkerung auch mit staatlicher Gewalt durchzusetzen bereit sind, daß bei einer Atomwirtschaft durch die Sicherheitsrisiken der weiteren Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten Tür und Tor geöffnet wird, stellt eine Herausforderung für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dar.

Bereits heute müssen wir darüberhinaus das traurige Schauspiel erleben, daß sogar innerhalb unserer Gewerkschaftsverbände administrativ gegen engagierte Atomkraftgegner vorgegangen wird, die den offensichtlichen Mißbrauch gewerkschaftlicher Funktionen im Interesse der Atomlobby kritisieren.

In einer Reihe von Atom- und Rüstungskonzernen hat sich ein sogenannter Aktionskreis Energie gebildet, der offen für die Atom- und Vernichtungsindustrie Partei nimmt. Dieser Aktionskreis tritt seit einigen Monaten mit Anzeigenserien in gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Zeitungen auf. Als Unterzeichner fungieren Gesamtbetriebsratsvorsitzende und Betriebsratsvorsitzende. Seit dem 29. September hat dieser Aktionskreis Energie mit offener Unterstützung des Bundeskanzlers eine Serie von Demonstrationen organisiert, an denen Geschäftsleitungen und mehrere tausend Beschäftigte gemeinsam teilgenommen haben. Weitere Aktionen dieser Art wurden angekündigt. Zahlreiche Kollegen sind durch psychologischen Druck bis hin zur Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, zur Teilnahme an den Aktionen genötigt worden.

Alle Kollegen sind aufgerufen, den irreführenden und verwerflichen Aktivitäten dieses Aktionskreises entgegenzutreten. Gegen den "Aktionskreis Energie" setzen wir den "Aktionskreis Leben". Gegen den Marsch in den atomaren Wahnsinn setzen wir uns ein für die Mobilisierung des gewerkschaftlichen Willens und der gewerkschaftlichen Kraft zur Sicherung und zum Ausbau menschenwürdiger Arbeits- und Existenzgrundlagen.

Aus all diesen Gründen halten wir die sofortige Eröffnung einer freien und umfassenden Diskussion der mit der Atomenergie verbundenen Fragen für notwendig.
Wir fordern:

* **die sofortige Einstellung des Atomenergieprogramms,**
* **keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigungen für Atomanlagen,**
* **Stillegung sämtlicher in Bau und Betrieb befindlicher Atomkraftwerke unter größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen,**
* **Exportstopp für Atomtechnologie,**
* **die Eröffnung einer demokratischen Diskussion und Beschlußfassung über ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm zur Verteidigung des Rechts auf Arbeit für alle,**
* **Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit,**
* **ein Programm öffentlicher Investitionen**
  a) für die beschleunigte Entwicklung und Anwendung menschen- und umweltfreundlicher Energiequellen (Sonnen-, Wind- und geothermische Energie) unter Kontrolle der Gewerkschaften,
  b) für die massenhafte Schaffung von Arbeitsplätzen dort, wo der gesellschaftliche Bedarf am größten ist: in den sozialen Betrieben der Erziehung und Ausbildung, im Gesundheitswesen, der Altenpflege, der Freizeitgestaltung und in der Sanierung der Umwelt,
* **für die Übergangszeit die verstärkte Nutzung der Stein- und Braunkohlevorkommen unter strengen Umweltschutzauflagen.**

Erstunterzeichner:

Heinz Brandt, Journalist/IGM; Jakob Moneta, Chefredakteur ‚Metall', Elisabeth Haustein-Abendroth, Personalrätin, Landes AjLE i.d. GEW, Frankfurt; Hans Haustein, Personalrat/GEW, Frankfurt; Norbert Cobabus, Personalratsvorsitzender/ÖTV, Frankfurt, Jürgen Schnadwinkel, Gew. Textil u. Bekleidung, Dissen TW.; Hans Müller, Betriebsratsvorsitzender/Mitglied im OV-Vorstand der HBV Köln; Dieter Braeg, Betriebsratsvorsitzender/IGM, Neuss; Jochen Strempel, HBV Aachen; Elly Schnadwinkel, ÖTV, Dissen TW.; Peter Jäger, Betriebsrat/IGM, Neuss; Orhanoglu, Hasan, Betriebsrat/IGM, Neuss; Poutzatidis, Georgios, Betriebsrat/IGM, Neuss; Gaby Dorsten, IGM, Mönchengladbach; Rainer Senteck, Betriebsrat IGM, Mönchengladbach; Friedhelm Knipping, Personalratsvorsitzender/ÖTV, Frankfurt; Edith Bach, Personalrätin/ÖTV, Frankfurt; Hans-Jürgen Graf, Personalrat/ÖTV, Frankfurt; Bruno Hommes, Betriebsrat/IGM, Neuss; Nikolic Borivoje, Betriebsrat/IGM Neuss; Doris Barth, Personalrätin/ÖTV, Frankfurt; Brigitte Bohnke, Personalrätin/ÖTV, Frankfurt, Werner Marburger, Personalrat/ÖTV, Frankfurt; Christiane Pape, GEW Frankfurt; Heike Knodt, GEW Frankfurt; Dagmar Sack-Schleiter, Personalrätin, GEW-Frankfurt; Ilse Schaad, Landesfachgruppe kjm.Schulen der GEW, Kassel, Josefa Huhne, 1.Vorsitzende AjLE Hessen i.d.GEW; Wolf Gebhard, Vorsitzender des AjLE Wetzlar; Helga Uhrig, AjLE Hessen, Friedberg, Brigitte Bach, Vorsitzende des AjLE Bezirksverbands Darmstadt der GEW Hessen; Wolfgang Zimmermann, ÖTV-Vertrauensmann, Düsseldorf; Lutz Reimers, ÖTV-Vertrauensmann, [illegible]ldorf; Hans-Jürgen Schulz, Betriebsrat HBV, Hamburg Dr. Lutz Mez, GEW Berlin; Herbert Straka, [illegible] Vorsitzender GHK, Großosthetn

Kontaktadressen

Berlin:
Bremen:

Bremen-Nord
Bielefeld:
Duisburg:
Düsseldorf:
Darmstadt:
Esl[illegible]en:
H[illegible].g:
Hannover:
Köln:
Mainz:
München:
Oldenburg:
Stuttgart:
Saarbrücken:

Jörg Hallerbach (Hrsg.)

Die eigentliche Kernspaltung

Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atomkraft

Sammlung Luchterhand

Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atomkraft
Sammlung Luchterhand Band 256
DM 12,80
ISBN 3-472-61256-8

Darstellungen und Analysen, die ein Gerüst für die künftige Diskussion abgeben.
Das Buch führt aus der Scheinalternative heraus: Sicherheit des Lebens oder Sicherheit des Arbeitsplatzes.